

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Besitze) Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Batsch, Magdeburg. Verlag von Hermann Batsch, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breite Weg 127. Redaktion: Breite Weg 127 (eing. Schreiberstr.). Preis pro Nummer 18 Pf. —

Pränumerando jährlicher Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Fracht) 2 Mk. 20 Pf., monatlich 80 Pf. — Per Post nach Deutschland monatlich 1 Gg. 1.70 Mk., 2 Gg. 2.90 Mk. In der Expedition und den Verkaufsstellen 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.50 Gg. Einzelne Nummern (einschl. der Postgebühren) 10 Pf. Sonntagsbeilage Die Neue Welt 10 Pf. — Inseratengebühr die fünfspaltige Zeile 15 Pf. —

Nr. 87.

Magdeburg, Freitag, den 14. April 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

## Unser Sieg in Berlin II.

Auf Grund klüher Berechnung, die in der Politik am angebrachten ist, haben wir gestern festgestellt, daß unser Sieg im ersten Wahlgang nicht etwa einem Anschwellen unserer Stimmenzahl, sondern nur der lauen Beteiligung der Reaktionskräfte des zweiten Wahlkreises zu danken ist. Für uns haben wir sogar weniger Wähler an die Urne gebracht, als am 24. Juni 1898. Die Schuld daran trägt vornehmlich der von uns schon erwähnte Umstand, daß circa 8000 Arbeiter, also aller Wahrscheinlichkeit nach Parteigenossen seit dem Sommer vorigen Jahres den zweiten Wahlkreis verlassen haben und in andere Wahlkreise oder in die Vororte oder in andere Städte verzogen sind. Da unsere Stimmenzahl „nur“ um 1950 Stimmen gegen 1898 gesunken ist, so ist anzunehmen, daß es der emigen Arbeit unserer Parteigenossen gelungen ist, von den ca. 8000 Verzogenen die 1950 Wähler für den Wahltag zur Abstimmung heranzuziehen. Möglich ist auch, daß wir aus den linksfreisinnigen Reihen, die für Kreitzing nicht sehr eingenommen waren, einige, wenn auch nicht viele Stimmen erhalten haben.

Im Gegensatz zu uns hat der freisinnige Kreitzing gegen das Vorjahr 1316 Stimmen gewonnen, während der Konservative nicht weniger als 6098 Wähler eingebüßt hat. Wären diese wie 1898 an die Urne gegangen und hätten sie sich in der dann nötigen Stichwahl für den Freisinn „sammeln“ lassen, dann wäre unsere Niederlage wieder beseitigt gewesen, da wir, nach der ganzen Wahlgeschichte dieses Kreises zu schließen, nicht über so viele Reserven verfügen, um die vereinigten Gegner in dem halben Geheimratsviertel zu übertrumpfen.

Wir müssen also wiederholen, daß der Sieg nicht aus eigener Kraft erfochten, sondern dem Zwiespalt im gegnerischen Lager zu danken ist, der hoffentlich in der Zukunft noch anhält.

Der Vorwärts sieht allerdings die Sachlage viel rosiger an. In seinem dem Wahlausgang gewidmeten Leitartikel spricht er sich unter anderem wie folgt aus:

War die Wahlteilnahme eine launere als bei der vorjährigen Hauptwahl, so war doch der Wahlkampf ein heißer und der Erfolg ein überaus bedeutungsvoller. 1893 wurde zu den älteren Bürgern der Berliner Sozialdemokratie, dem 4. und 6. Wahlkreis, der 2., 3. und 5. Kreis erobert. Der zurückgeschlagene Liberalismus bot alles auf, um die Reichshauptstadt, die seit Jahrzehnten vertreten zu haben sein letzter Stolz gewesen, zurück zu gewinnen, und 1898 gelang es ihm nochmals, einen Scheinsieg zu erlangen. Im 5. Kreise siegte er mit einer Handvoll Stimmen, im 2. Kreise siegte er durch Unrecht und Unwahrscheinlichkeit. Doch der Siegesjubel war verfrüht. Der Scheinsieg endete mit der Enttötung unrichtiger Stimmenauszählung und Herr Kreitzing mußte selbst das Mandat niederlegen. Nun aber sollte die eigentliche Kraftprobe erfolgen. Endgültig sollte entschieden werden, ob der Geist des Sozialismus oder der Ungeist des Liberalismus in der Berliner Wählerschaft mächtig ist. Der Freisinn führte den Wahlkampf mit aller Kraftanstrengung, zu der ihn der Gedanke aufpeitschte: Hier wird über mehr als einen Wahlkreis entschieden, hier wird entschieden, ob der Liberalismus noch befähigt ist, der Hauptstädtischen Bevölkerung das politische Banner voranzutragen. Die Wähler haben entschieden. Der Freisinn ist geschlagen. Die Sozialdemokratie hat einen schönen Sieg erfochten. Sie hat den zweiten Wahlkreis zum ersten Male ohne Stichwahl auf den ersten Antritt erobert. Die Berliner Arbeiterschaft hat damit die Scharte des vorigen Jahres zum guten Teil wieder ausgeweht. Unsere Parteigenossen haben mit der Begeisterung gekämpft, welche ein hohes Ideal dem Menschen in die Seele giebt.

Die Berliner Sozialdemokratie hat einen Sieg erfochten, der von der Arbeiterklasse im ganzen Reich mit freudigem Jubel empfangen werden wird. Berlin, die Hauptstadt des Reiches, ist die Hauptstadt der Sozialdemokratie. Unser Sieg ist aber besonders darum ein Sieg, dessen wir uns uneingeschränkt erfreuen dürfen, weil wir ihn mit ehrlichen Waffen erfochten haben. Wir haben unsere politischen Grundzüge rein und unverfälscht in den Kampf getragen und rein und unverfälscht gehen sie aus dem Kampfe hervor. Könnte der Freisinn ähnliches von seiner Niederlage sagen, die Niederlage wäre nicht schlimm. Der Liberalismus unterlag aber nicht in Ehren, sondern in der Schande feiler Prostitution aller seiner Grundzüge. Um Stimmen zu gewinnen, bettelte er vor der Thür der konservativen Reaktion, lagbuckelte vor den Erzfeinden bürgerlicher Gleichberechtigung, vor den Wahlrechtskämpfern und Staatsrechtlichkeitskämpfern. Der Freisinn darf seinen konservativen Freunden danken; sie haben ihn eifrig unterstützt; durch konservativen Stimmenzufluß erreichte er die Stimmenzahl, deren Ansehlichkeit erkaufte ist um den Preis der politischen Ehrenhaftigkeit.

Nur in einem können wir dem Vorwärts beitreten, in der Behauptung, daß die Freisinnigen ihren Stimmenzuwachs dem Buhlen um reaktionäre Hilfe verdanken. Durch die Thatsache aber, daß wir zum ersten Mal im ersten Wahlgang gesiegt haben, sollten wir uns nicht blenden lassen oder aber wir verwechseln einen Scheinerfolg mit dem sicheren Besitz und thun daselbe, was der Vorwärts mit Recht den Freisinnigen wegen ihres Verhaltens nach dem 24. Juni 1898 vorwirft.

Indessen wir verstehen, daß unmittelbar nach erfochtenem Siege die Freude über das Resultat herrschend ist und

die kühle Berechnung, die unbefangene Kritik nicht oder nur wenig zu Wort kommt. Wir wollen deshalb mit dem Berliner Parteiorgan nicht weiter rechten. Die ruhige Betrachtung wird sich schon wieder von selber einstellen und auch der Vorwärts wird dann zugeben müssen, daß in Berlin II noch gewaltig zu arbeiten ist, bis der Wahlkreis — was wir alle wünschen — zu einer Hochburg der Sozialdemokratie geworden ist.

Unser Berliner Bg.-Korrespondent schreibt uns über den Eindruck der Wahl in bürgerlichen Kreisen und die Gründe der Stimmenverschiebung:

„Der Sieg unseres Genossen Richard Fischer bei der Reichstagswahl im zweiten Berliner Reichstagswahlkreise liegt den bürgerlichen Parteien natürlich schwer im Magen. Wie an den Strohhalm der Ertrinkende, so klammern sich die Gegner der Sozialdemokratie an die Thatsache, daß unsere Genossen bei der diesmaligen Wahl ca. 2000 Stimmen weniger aufgebracht haben, als bei der letzten Hauptwahl und daß dieser Stimmenrückgang nahezu 4000 ausmacht, wenn man die letzten Stichwahlsiffern in Betracht zieht. In der freisinnigen Presse sucht man sich natürlich über die Niederlage mit dem Anwachsen der Stimmenzahl um etwa 1300 für den freisinnigen Kandidaten hinwegzutricksen. Beide Erscheinungen, unser Stimmenrückgang und der freisinnige Zuwachs sind doch aber so leicht und so selbstverständlich zu erklären. Die Wahl fand nach Rissen statt, die jetzt ein Jahr alt sind. Seitdem haben zwei Unzüge stattgefunden und dabei ist natürlich die Arbeiterbevölkerung besonders in Mitleidenschaft gezogen. Noch 14 Tage vor der Wahl hat der Vorwärts die Liste von 2500 Arbeiter veröffentlicht, die aus dem Wahlkreise verzogen waren, unbekannt wohin. Obwohl von dem Wahlkomitee eingehende Ermittlungen angestellt worden sind, ist die Auffindung von etwa 2000 verzogenen Arbeiterwählern nicht geglückt. Das erklärt allein den Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen. Die Freisinnigen andererseits haben diesmal sofort die Stimmen der Centrumswähler bekommen, die bei der letzten Wahl mit 900 Stimmen im Wahlergebnis figurierten. Es hat für sie auch unzweifelhaft ein Teil der gemäßigten Konservativen gestimmt, die von der Ausschichtslosigkeit der konservativen Kandidatur, durch die letzte Wahl belehrt, von vornherein überzeugt waren. Zu Triumphgeschrei und Siegesstolz liegt für den Freisinn also trotz der Stimmenzunahme kein Anlaß vor. Gewiß ist es richtig, daß unser Sieg nicht gleich im ersten Wahlgange erfolgt wäre, wenn die Konservativen nicht zum großen Teil die Plinte ins Korn geworfen hätten. Bei einer Stichwahl auf Grund der alten Listen wäre auch der Sieg für uns nur sehr schwer zu erringen gewesen, aber ausgeschlossen war er auch für diesen Fall nicht. Späsig ist deshalb das Verhalten der antisemitischen Presse, welche die Konservativen für den sozialdemokratischen Wahlerfolg verantwortlich machen, weil diese sich nicht auf eine reine Antisemiten-Kandidatur geeinigt haben. Eine antisemitische Kandidatur würde uns in Berlin nur von Vorteil sein. Immerhin liegen die Verhältnisse gerade in Berlin II, einem durchaus nicht rein proletarischen Kreise, sehr schwierig; es wird fortgesetzter Arbeit bedürfen, wenn unsere Genossen im Besitz des Kreises bleiben wollen. Daß sie aber bei tüchtiger fortgesetzter Organisation auch hier selbst der vereinigten reaktionären Klasse Herr werden können, unterliegt keinem Zweifel.“

Eugen Richters Freisinnige Zeitung spricht selbstredend Gift und Flammen. Sie konstatiert der Wahrheit gemäß, daß die Konservativen ein Berliner Reichstagsmandat der Sozialdemokratie ausgeliefert haben und daß das „wieder einmal“ geschehen sei. Die Freisinnigen hätten sich tapfer geschlagen. Der Stimmenzuwachs beweise das am besten. Dann heißt es in der Besprechung des Jubelartikels des Vorwärts:

Es ist richtig, daß dieser Wahlsieg eine besondere Bedeutung für die Sozialdemokratie hat, weil Berlin die Hauptstadt des Reiches ist. Indem die Konservativen den Sozialdemokraten zu diesem Siege verhelfen, haben sie auf die Sozialdemokraten mehr belobend eingewirkt, als durch alle von ihnen empfohlenen Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung gegen die Sozialdemokratie im günstigsten Falle irgendwie ausgeglichen werden könnte. Die sozialdemokratische Partei lebt weit mehr als andere Parteien von Wahlerfolgen und zu dem jetzigen Erfolg hat die konservative Partei der Sozialdemokratie geholfen. ... Seit 1878 hat die konservative Partei durch ihren Ansturm auf den Fortschritt und den Freisinn in Berlin nichts weiter erreicht, als die Stärkung der Sozialdemokratie, die Bezeichnung der Hauptstadt als der Hauptstadt der Sozialdemokratie. Die konservative Partei ist die Vorfrucht der Sozialdemokratie gerade in Berlin. ... Wenn man künftig wieder auf konservativer Seite sich gefällt in der bombastischen Ausmalung der großen Gefahren, mit den die Wahlerfolge der Sozialdemokraten Staat und Gesellschaft bedrohen, so wird man allseitig die Konservativen an ihr Verhalten bei dieser Berliner Erziehung erinnern.“

Der Freisinnigen Zeitung kommt es darauf an, die Konser-

vativen mit den Vorwürfen zu überhäufen, die die Freisinnigen von den Reaktionskräften so oft zu hören bekommen. Daher die Suche nach der „Vorfrucht“ und die merkwürdige Argumentation.

Die linksfreisinnige Berliner Volkszeitung, die dem Stadtverordneten Kreitzing nicht besonders grün ist, schreibt in ihrer Morgenausgabe:

Die alte Erfahrungsthatfache, daß bei Nach- bzw. Ergänzungswahlen die Wahlbeteiligung stets schwächer ist, als bei der Hauptwahl, ist wieder zu Tage getreten. Das auffällige Herabfallen der reaktionären Stimmen hängt jedenfalls damit zusammen, daß von verschiedenen Organen dieser Richtung erklärt worden ist, es sei für diese Nachwahl gleichgültig, ob Kreitzing oder Fischer durchkomme. Von freisinniger Seite ist angestrengt gearbeitet worden. Das ergibt der Plus von 1316 Stimmen, das Kreitzing gegen den Juni vorigen Jahres mehr erhalten hat. Auch von sozialdemokratischer Seite hat es an großen Anstrengungen nicht gefehlt. Der Rückgang von 1950 Stimmen erklärt sich aus dem Wegzuge von mehr als 8000 Wählern aus dem Wahlkreise. Die schwache Beteiligung der Konservativen schon bei der gestrigen Wahl läßt erkennen, daß, falls etwa Kreitzing in die Stichwahl gekommen wäre, die Reaktionskräfte nicht genügend gewesen wären, ihn wiederum mit gleicher Werve zu unterstützen, wie in der Stichwahl am 24. Juni v. J. Fischer wäre demgemäß unzweifelhaft Sieger geblieben, auch wenn eine Stichwahl noch erforderlich geworden wäre. Dem Freisinn bleibt es durch den gestrigen Ausfall der Wahl erspart, für die Stichwahl um die reaktionären Stimmen zu buhlen. Gegen alle reaktionären Vorläufer aber wird der gestern gewählte Abgeordnete Fischer zuverläßlich stimmen, so daß sich auch der geschlagene Freisinn mit dem Resultat abfinden können. Herr Kreitzing ist, da ihm das erstrebte parlamentarische Doppelmandat nicht zu teil geworden, nunmehr in der Lage, sein Stadtverordneten- und sein Landtagsmandat unbefehligt durch die schweren Pflichten eines Reichstagsmandats wahrzunehmen.

Ein interessantes Stimmungsbild über den Verlauf des Wahltags bringt der Vorwärts. Wir lesen dort u. a.:

Was sich auffälliger als sonst bemerkbar machte, war der Unterchied des „Agitationsmaterials“ zwischen dem bürgerlichen und dem sozialdemokratischen Kampfbere. Bei uns war jedermann, der seine Kreise zur Agitation bereit stellte, mit Ueberzeugung und aus Idealismus bei der Sache. Mancher hatte wirtschaftliche Nachteile zu erwarten, weil er an diesem Tage nicht im Dienste des Kapitals frohnelte, aber trotz alledem war jeder mit der Begeisterung bei der Sache, die nur der Glaube an eine weltverändernde Idee hervorzujaubern vermag! Wie ganz anders auf bürgerlicher Seite! Da wird als ganz selbstverständlich berichtet, daß sowohl Freisinnige als konservative sich bezahlte Leute engagierten, wie man Aufmarschen einstellte, um mit deren Hilfe das Vaterland und die Partei vor dem „Umsturz“ zu retten. ... So schreibt die Deutsche Tageszeitung: Besonders die Sozialdemokraten strömten in großen Scharen zu den Wahllokalen. Ihnen stand auch eine so zahlreiche Hilfsmannschaft zur Verfügung, daß viele die sich anboten, abgewiesen werden mußten. Bei den bürgerlichen Parteien war das leider anders. Mehrfach mußten Helfer und Schlepper gegen ziemlich hohe Bezahlung angenommen werden. Daß diese Elemente nicht anregend wirken können, dürfte auf der Hand liegen.“ Mit der Begeisterung des staatsverhaltenden Bürgers ist es so eine eigene Sache. Es muß schon sehr stark eingeheizt werden, wenn er sich aus seiner Trägheit einmal für einige Stunden aufraffen oder gar für seine Sache öffentlich in den Dienst treten soll.

Die Verkündung des Wahlergebnisses fand am Dienstag abend in vier bis zum letzten Platz gefüllten Volksversammlungen statt. Am stärksten war der Andrang in der Bodbeaurei. Der riesige Saal war von einer nach Tausenden zählenden aus Männern und Frauen bestehenden Menge gefüllt. Schon lange vor Beginn der Versammlung erfolgte die polizeiliche Absperrung des Lokals und Tausende von Proletariern harrten auf der Straße der Bekanntgabe des Wahlergebnisses. Im Saal herrschte einleuchtendes Schweigen. Schien doch den meisten der Anwesenden, angesichts der besonders schwierigen Verhältnisse, unter denen die Nachwahl vor sich ging, der Ausgang derselben zweifelhaft. Um so größer war der Jubel, welcher bei der Verkündung des Endresultats und des Sieges unseres Genossen Fischer ausbrach. In nicht endenwollenden Hochrufen auf die Sozialdemokratie und deren Erwählten Richard Fischer gab sich die Siegesfreude kund. Nachdem die lebhaften Kundgebungen sich gelegt hatten, nahm Genosse Fischer zu einer kurzen Ansprache das Wort. Darauf ertönten wieder brausende Hochrufe auf Fischer. Seine Freude verklärte die von den Mähseligkeiten und Sorgen des Tages durchdrungenen Züge der Proletarier. Man sah es diesen wetterharten Gestalten an, daß ihre Freude auch bewegtem, von der Sache des kämpfenden Proletariats durchglühtem Herzen kam. Die Genossen schüttelten sich gegenseitig die Hände und gaben in lebhaften Worten ihre Gemüthsregung darüber zu erkennen, daß die wochenlange, schwere und mühselige Wahlarbeit, deren sich die Berliner Parteigenossen mit bekannter Opferwilligkeit unterzogen hatten, von Erfolg gekrönt wurde. ...

## Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Den Nationalliberalen ist mit dem Flottengesetz, welches sich in voller Ausführung befindet, noch nicht genug geschehen. Der hannoversche Courier verlangt ein neues Flottengesetz, welches die Vermehrung der Kriegsschiffe noch weiterhin beschleunigt. In welche Klasse sich die Nationalliberalen hineinreden, ergibt sich aus den nachfolgenden Sätzen: „Man wende nicht ein, daß unsere Werften nicht im Stande seien, noch mehr Schiffe zu bauen. Dann errichten wir eben mehr Werften, so viele“

ntig sind. Noch hinfälliger ist der Einwand, daß es uns an Offizieren und Mannschaften fehlen würde. Die Begeisterung für die Flotte ist in Deutschland so groß, daß sich die Dienstpflichtigen aller Stände immer mehr zur Marine drängen. Schließlich wird auch noch gefordert, die Abrüstungskonferenz nicht zu beschicken, wenn England und Nordamerika in betreff der letzten Vorgänge auf Samoa nicht befriedigende Erklärungen abgeben. Die Nationalliberalen leben schon unter dem Zeichen der Hundstage.

### Nachrichten aus dem Auslande.

Im Fall Dreyfus ergeben die Veröffentlichung der Zeugnisaussagen vor dem Kassationshof immer neues die Generalstabler schwer belastendes Material. Am Mittwoch hat der Figaro mit der Veröffentlichung der Aussagen des Generals Gonse begonnen. Der Minister des Auswärtigen Descauxs verwarf sich gegen die Behauptung, daß der Figaro von ihm (das Material über die Zeugnisaussagen vor der Kriminalkammer erhalten habe. Frau Dreyfus beabsichtigt, einen neuen Antrag auf Annulierung des Prozesses Dreyfus einzureichen, da der erste Antrag unbeantwortet geblieben sei.

Von den in Irland nach dem neuen Selbstverwaltungs-gesetz abgehaltenen Wahlen sind jetzt 649 Ergebnisse bekannt. Von im ganzen 670 Sitzen haben die Nationalisten 538, die Unionisten nur 118 erhalten. Darnach ist jetzt die große Mehrzahl der lokalen Körperschaften für Home Rule.

Der Papst hat am Dienstag in seiner Ansprache an die Kardeäle mit kräftiger Stimme seine Zustimmung zum **Varenmanifest** erklärt, das seinen Wünschen vorausgeeilt sei und welches das zur Neige gehende Jahrhundert mit einem verschönernden Strahle erhellt. Er gebe dem Wünsche Ausdruck, daß diese erhabenen Abkömmlinge reichliche Früchte für die Allgemeinheit tragen mögen. Dabei ist der Papst, der selbstredend von der Kirche alles Heil erwartet, zur Konferenz gar nicht eingeladen worden.

Die revolutionäre Partei in **Bolivia** hat einen bedeutenden Erfolg zu verzeichnen. Oberst Pando, der Führer der Aufständischen, hielt seinen Einzug in Oruro. Präsident Alonzo und die bolivianischen Minister haben sich auf der Flucht nach Autogasta begeben.

Auf den **Philippinen** wurde die rückwärtige Bahn-Verbindung des Generals Mac Arthur in der Nacht zum Dienstag von bedeutenden Streitkräften der „Insurgenten“ angegriffen. Letztere wurden jedoch von dem General Wheaton mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. General Wheaton verlor dabei 3 Tote und 20 Verwundete. So melden amerikanische Blätter.

### Konfliktlisten.

Magdeburg, 13. April 1899.

Das unaussprechliche Schüren unserer Chauvinistenpresse hat es nun glücklich fertig gebracht, daß wegen der gleichgültigen **Samoa-Angelegenheit** ein gewaltiger Zeitungs-spektakel diesseits und jenseits des Kanals und atlantischen Ozeans entstanden ist.

Die Berliner Neuesten Nachrichten erfahren: Nachdem von der amerikanischen und der englischen Regierung der deutsche Vorschlag, eine Spezialkommission nach Samoa zur Beilegung aller dort schwebenden Differenzen zu entsenden, acceptiert worden war, werden jetzt von englischer Seite gegen das bereits im Prinzip angenommene Erfordernis der Einstimmigkeit für die Entscheidungen der Kommission neue Weiterungen erhoben. Wie es heißt, wird die Ernennung des deutschen Bevollmächtigten für die Kommission erst erfolgen, wenn von englischer Seite Garantien gegeben sind, um die Respektierung der deutschen Vertragsrechte zu sichern.

An der Spitze der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wird diese Nachricht offiziös als richtig bestätigt: „Die deutsche Regierung habe im Hinblick auf die hier erwähnten Welterungen in London um eine bestimmte Erklärung über die Stellung der englischen Regierung zum Samoa-Vertrage gebeten.“

England wird zweifelsohne diese Erklärung abgeben, wenn nicht die deutschen Welpolitiker mit ihrer Bierbank-Einsticht wieder gewaltige Dummheiten machen und die interessierten Mächte aufs gröblichste insultieren. Gelegenheit dazu wird vorhanden sein, da die Nationalliberalen wegen der Vorgänge auf Samoa eine **Interpellation im Reichstage** eingebracht haben, die von dem Alldeutschen Haffe, dem Vertreter der großen Seestadt Leipzig, und Lehr, ebenfalls einem entragierten Feind der westlichen Kultur, angelegt worden ist. Staatssekretär v. Bülow will die Interpellation beantworten, von der noch nicht sicher ist, wann sie im Reichstag zur Verhandlung kommt.

Inzwischen kommen Meldungen, daß es auf Samoa Anfang April **neue Kämpfe** gegeben hat. Das Reutersche Bureau meldet vom 1. d. M.: „Eine gemischte britisch-amerikanische Truppe von 105 Mann geriet in einen von den Mataafaleuten gelegten Hinterhalt und war gezwungen, sich nach dem Strand zurückzuziehen. Drei Offiziere, Leutnant Freeman vom britischen Kreuzer „Tauranga“, der die Abteilung befehligte, und zwei Amerikaner von der „Philadelphäa“ wurden getötet. Die Leichen wurden später entauptet aufgefunden. Zwei britische und zwei amerikanische Matrosen wurden ebenfalls getötet. Der Hinterhalt befand sich auf einer deutschen Plantage, deren Geschäfts-führer verhaftet, an Bord der „Tauranga“ gebracht und in Haft gehalten wurde insolge eidlicher Erklärungen, daß man gesehen habe, wie er die Mataafaleute zum Kämpfen ermunterte. Die Mataafaleute zählten etwa 800 Mann. In einem früheren Gefechte wurden 27 Mataafaleute getötet; die Europäer erlitten keine Verluste.“

Man sieht das so verhält, wie das Bureau Reuters an unsere Regierung unmöglich für den verhafteten Führer eintreten. Eine amtliche deutsche Depesche über

diesen Vorfall lautet wie folgt: „Die Engländer beschossen täglich ein samoanisches Dorf. Die Tanu- und Mataafaleute plündern fremdes Eigentum. Eine englisch-amerikanische Landungstruppe von 70 Mann geriet am 1. April in einen Hinterhalt bei Wailele. Drei Offiziere sind gefallen. Zwei Landungsgeschütze wurden genommen. Die Kriegsschiffe erneuerten die Beschießung.“ Hier ist von der Mitwirkung eines Deutschen keine Rede.

Angesichts dieser Vorfälle werden unsere Chauvinisten in halbe Raserei geraten und wieder von Beschimpfung der „deutschen Ehre“ fasseln. Es wäre wünschenswert, daß sie in der Besprechung der nationalliberalen Interpellation gehörrig abgetödtet würden.

Es ist im Reichstag zu diesem Zweck wirksam, zu erinnern, daß sich vor mehr als zehn Jahren, am 18. Dezember 1888, auf Samoa ein **ähnlicher Zwischenfall** abgespielt hat. Damals wurden bei einer Landung deutscher Truppen von der Kreuzerfregatte „Diga“ dieselben von den Samoanern unter Führung des Amerikaners Klein angegriffen, wobei mehr als 50 deutsche Soldaten getötet oder verwundet wurden. Als dann auch noch am 8. Januar 1889 das deutsche Konsulat in Brand gesteckt wurde, erklärte der damalige deutsche Konsul, Herr Knappe, auf Grund einer mißverständlichen Depesche aus Berlin und unter dem Protest der übrigen Konsuln den Kriegszustand. Dieses Vorgehen aber wurde vom **Fürsten Bismarck nicht anerkannt** und Herr Knappe wurde sogar abberufen. Auch die Regierung der Vereinigten Staaten rief ihren Konsul und den Kommandanten des amerikanischen Kriegsschiffes ab. Was der „Heros“ Bismarck durfte, ohne den Horn der Chauvinisten und Welpolitiker zu verfallen, wird sich doch auch der Staatssekretär Bülow erlauben dürfen.

### Parlamentarische Nachrichten.

Der Reichstag verhandelte Mittwoch über die erste der Postgesetznovellen, welche in der Hauptsache das Postmonopol für geschlossene Briefe und damit verbunden die Beseitigung der Privatposten, eine Reihe Bestimmungen über Portoermäßigungen und eine Neuordnung des Postzeitungstarifs enthält. Staatssekretär von Bobbielski begründete die Vorlagen in einer recht langen Rede, die diesmal in einem sorgsam ausgearbeiteten Konzept vor ihm lag. Die Rede war deshalb diesmal sowohl nach chronologischer wie logischer Gesichtspunkten wohl geordnet und wurde vom Hause ohne die fortgesetzten Feilerkeitsausbrüche und Lausfalten angehört, welche die Stegreifreden des Herrn von Bobbielski sonst zu begleiten pflegen. Die Vorlage wird morgen an eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen werden, aber wohl in ziemlich veränderter Gestalt ans Plenum zurückkommen. Sind auch die Mehrheitsparteien mit dem Grundgedanken der Erweiterung des Postregals einverstanden, so wurden in der Debatte doch erhebliche Bedenken gegen die anderen Bestimmungen der Vorlage geltend gemacht. Daß der Postzeitungstarif in der vorgeschlagenen Form, welcher nur die Erscheinungsziffer und das Gewicht der Zeitungen in Rechnung zieht, nicht angenommen werden wird, ist schon heute zweifellos. Ebenso dürfte das Verbot der Zeitungsbestellung durch expresse Boten fallen, da sich außer andern Parteien die ausschlaggebende Partei des Reichstags, das Centrum, ganz kategorisch dagegen erklärt hat. Das Schicksal der Privatpostanstalten ist aber besiegelt. Von allen Rednern, die heute zum Wort kamen, nahm sich ihrer nur der freisinnige Abgeordnete Dr. Bachmiche an. Den Standpunkt unserer Partei vertrat Genosse Singer. Er erklärte sich mit der Erweiterung des Postregals einverstanden. Es sei aber falsch, Kompensationen zu verlangen, denn die Verkehrsvereinfachungen würden ganz sicher auch eine Vergrößerung des Verkehrs und damit eine Erhöhung der Einnahmen zur Folge haben. Lebhast nahm sich Singer der durch Beseitigung der Privatposten brotlos werdenden Angestellten an. Die Entschädigung, welche die Vorlage diesen Leuten biete, sei nur als Almosen zu bezeichnen und müsse erheblich erhöht werden. Da noch nicht alle Parteien zu Worte gekommen sind, wird die Beratung Donnerstag noch fortgesetzt werden.

Ueber die Sitzung erhalten wir von unserm Korrespondenten den folgenden Bericht:

Am Bundesratsitz: v. Bobbielski.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung der Novelle zum Postgesetz, durch welche u. a. die Gewichtsgrenze für gewöhnliche Briefe auf 20 Gramm erhöht, das Stadtpostporto allgemein auf 5 Pfg. ermäßigt, dagegen das Postregal auf die Beförderung geschlossener Briefe innerhalb der Stadtbezirke gegen Entschädigung an die Privatpostanstalten und ihre Angestellten ausgedehnt werden soll. Weiter enthält die Vorlage den neuen Postzeitungstarif.

Staatssekretär v. Bobbielski: Der heute zunächst zur Beratung stehende Entwurf bildet eine Erweiterung des im vorigen Jahre bekanntlich nicht erzielten. Eine Veränderung des Postzeitungstarifs hat der Reichstag selbst wiederholt verlangt; um so mehr bedauere ich es, daß der neue Entwurf von der Presse so heftig angegriffen worden ist. Die Gehälter soll jetzt nicht mehr nach dem Abonnementspreis bemessen werden, sondern unter Berücksichtigung der Fragen: Wie oft erscheint die Zeitung und wie schwer ist das Blatt? Dazu soll eine für alle Blätter gleichmäßige Einschreibgebühr treten. In der Presse wird nun behauptet, der neue Tarif begünstige einige großpolitische — auch sozialdemokratische — Zeitungen und schädige kleinere Blätter. Ich werde Ihnen aber in der Kommission nachweisen, daß von 5700 deutschen Zeitungen 1585 durch den Tarif weniger belastet werden; 415 bleiben unverändert und 3713 werden mehr belastet; 2231 von diesen werden jedoch um höchstens 40 Pfg. pro Jahr d. i. 10 Pfg. für das Quartal verteuert. Man hat es so dargestellt, als ob durch den Tarif lediglich eine Mehrerhebung bezweckt werde. Den Mehreinnahmen steht aber ein Ausfall von rund 5 Millionen durch die in der Vorlage enthaltenen Postermäßigungen gegenüber. Die Post ist ferner nicht imstande, den allgemeinen Interessen zu dienen, wenn ihr gerade an verkehrsreichen Orten beträchtliche Einnahmen durch Privatposten entzogen werden. Es ist eigen, große Industrieorte im Interesse der kleinen auszunutzen. Diese Behauptung ist aber die beste Empfehlung für die Vorlage; denn in der ausgleichenden Wirkung steht der große Vorzug der Staatsverwaltung im Vergleich zum Privatbetriebe. Auch die Erweiterung der Beförderung von Zeitungen durch Expresseboten wird zu einer Schädigung weiterer Kreise nicht führen. Es soll vor allem verhindert werden, daß größere Zeitungen einen eigenen Kurierdienst einrichten und dadurch die kleineren konkurrenzunfähig machen. — Ich komme

nun schließlich zu der Entschädigungsfrage der Inhaber und Angestellten von Privatposten. Da muß ich ausdrücklich betonen, daß nach der Ueberzeugung der verbündeten Regierungen ein rechtlicher Anspruch auf Entschädigung nicht anerkannt werden kann, sondern daß es sich durchaus nur um eine Entschädigung aus Billigkeitsgründen handelt. Ueber die Uebernahme eines Teils der Angestellten in die Dienste der Reichspost kann ich noch keine verbindende Erklärung abgeben; wir werden jedoch jedenfalls so viel Personal übernehmen, als irgend angängig erscheint. — Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß es trotz der verschiedenen Wünsche möglich sein wird, eine Einigung über die Vorlage zu erzielen und damit die Grundlage für eine zukünftige allmähliche Verbilligung des gesamten Tarifwesens zu schaffen. (Bravo!)

Abg. Br. Marcour (Chr.): Wir begrüßen in der Vorlage besonders die Portoermäßigungen. Die Frage der Ausdehnung des Regals kann man verschieden beurteilen, je nachdem man fiskalische oder prinzipielle Gesichtspunkte anlegt. Gegen das Verbot der Beförderung der geschlossenen Briefe durch Privatposten haben wir nichts einzuwenden, sowie eine angemessene Entschädigung sicher gestellt ist. Was den Postzeitungstarif betrifft, so erscheint das gänzliche Ausschließen des Abonnementspreises sehr bedenklich. Die Hauptsache für uns bleibt aber die beschriebene Ausschließung der Expressebestellung für Zeitungen. Die Expressebestellung spielt z. B. bei den Wahlen eine ganz hervorragende Rolle. Ich bitte sämtliche Parteien des Hauses, uns in der Forderung der Beseitigung der Expressebestellung zu unterstützen. Ich bitte Sie, die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen.

Staatssekretär von Bobbielski: Bei der Expressebestellung gilt für mich der Grundsatz: Gleiches Recht für Alle! Wir wollen die kapitalstärksten Blätter, die sich eine Expressebestellung leisten können, nicht bevorzugen. Darüber wird sich ja noch in der Kommission reden lassen.

Abg. v. Waldow und Reichenstein (Lanf.): Wir erblicken in der Vorlage das Bestreben, lang anerkannte Mißstände zu beseitigen. Wegen die Ausschließung der Expressebestellung haben wir jedoch gleichfalls Bedenken. Eine Reform des Postzeitungstarifs halten wir für notwendig, glauben jedoch, daß der in der Vorlage angegebene Weg nicht der richtige ist. Durch die Aufhebung des Abonnementspreises würde eine Verteuerung der kleinen Provinzialblätter erfolgen, wodurch die kleinen Leute gezwungen wären, zu den großen hauptstädtischen Zeitungen zu greifen. Im allgemeinen stehen wir der Vorlage sympathisch gegenüber und hoffen aus der Kommissionsberatung etwas Ersprießliches aus ihr hervorgehen zu sehen. (Bravo, rechts.)

Abg. Singer (Soz.): Die Vorlage geht von dem Grundsatze aus, daß jede Verbilligung in der Fortbeförderung einer bestimmten Kompensation bedürfe, um einen Ausfall an Einnahmen zu vermeiden. Es wird dabei immer außer acht gelassen, daß jede Verbilligung eine Vermehrung des Verkehrs zur Folge hat, der wieder erhöhte Einnahmen bringt. Das wird ignoriert und man hängt jeder Reform eine Reihe von Bestimmungen an, die die vermeintliche finanzielle Schädigung wieder wett machen sollen, das Zustandekommen der Reform selbst aber natürlich sehr erschweren. Gegenüber der jetzigen finanziellen Lage braucht man mit einem eventuellen Ausfall überhaupt nicht so penibel zu rechnen. Die Postverwaltung hat ja eine stetige Zunahme ihrer Einnahmen; und was in diesem Etat in dieser Hinsicht gegenüber dem Vorjahre mehr eingestellt ist, genügt, um den ganzen eventuellen Ausfall zu decken.

Der prinzipiell wichtigste Punkt ist, wie Herr Marcour ja bereits hervorgehoben hat, die Erweiterung des Postregals. Wir lehnen sie nicht grundsätzlich ab, machen aber unsere Zustimmung von der schließlichen Gestalt des Gegenentwurfs abhängig. Wenn die Verhältnisse im Deutschen Reich und speziell bei den deutschen Regierungen derartige, daß man einen vernünftigen Gebrauch von dem Monopol erwarten könnte, so wären wir die ersten, die dafür eintreten würden; aber wir haben gerade in diesem Punkt gewisse Bedenken und werden deshalb versuchen, Bestimmungen in das Gesetz hineinzubringen, die diese Gefahren verringern. Ferner ist die Aenderung des Postzeitungstarifs eine sehr wichtige Frage. Das Prinzip, von dem die Vorlage in diesem Punkte ausgeht, stellt zweifellos eine Verbesserung der gegenwärtigen Verhältnisse dar. Wir glauben auch, daß die Vorlage den Wege, den sie eingeschlagen hat, im allgemeinen das Richtige getroffen hat. Freilich erscheint es zweifelhaft, ob man den Abonnementspreis so gänzlich außer Acht lassen soll.

Eigentlich hat es mich berührt, daß der Herr Staatssekretär sich gegen den Verdacht der Begünstigung der sozialdemokratischen Presse verteidigt hat. Die Reden, die der Herr Staatssekretär in dieser Session hier gehalten hat, zeichnen die leiseste Spur eines solchen Verdachts. Uebrigens stimmt es gar nicht, daß die sozialdemokratische Presse durch den neuen Tarif erhebliche Vorteile haben würde. Diese Frage spielt ja für unsere Stellungnahme auch gar keine Rolle; denn wir besitzen viel zu viel Gerechtigkeitsgefühl und würden dem neuen System auch zustimmen, wenn die Sache für uns teurer würde.

Was den Artikel 3 anlangt, so hat der Herr Staatssekretär zwar eine Aenderung desselben zu fiskalischen Zwecken für nicht beabsichtigt erklärt; indessen hat er alle Befürchtungen, die sich daran knüpfen, bis jetzt nicht zu entkräften vermocht.

Der Hauptwiderstand richtet sich aber gegen die Beseitigung der Expressebestellung für Zeitungen. Die Gefahr liegt da nicht so sehr in der Einschränkung auf den zweimeiligen Umkreis, als vielmehr in der Bestimmung, daß der Expressebote nicht mehr als 5 Kilogr. Zeitungen mitnehmen darf. Wenn der Herr Staatssekretär sagt, diese Bestimmung soll innerhalb des zweimeiligen Umkreises keine Geltung haben, dann ist eine klare Fassung dieses Paragraphen durchaus notwendig.

Es liegt eine gewisse Tragikomödie darin, daß diese Bestimmung ins Gesetz hineingekommen ist aus den Petitionen der bedrohten Privatpostanstalten. Von der Streichung des § 2 machen wir unsere Zustimmung zu der Vorlage abhängig. Die politische Bedeutung dieses Artikels ist außerordentlich groß, und wenn der Herr Staatssekretär auch nachdrücklich erklärt hat, daß er seine Verwaltung nicht als politische betrachtet, so hat er sicherlich dabei nicht an die Sozialdemokratie gedacht. Der Herr Staatssekretär versteht es ja meisterhaft, bei der Begründung solcher Vorlagen außerordentlich harmlos zu sein. (Heiterkeit.) Hat er aber erst einmal das Gesetz in der Hand, so wird er leicht den Schachmacherspirationen unterliegen. (Sehr richtig!) Der Art. 3 will das Postmonopol eventuell ausdehnen auf die Beförderung von unverschlossenen Briefen, Druckfachen und so weiter. Wir sind nun dann für Erweiterung des Regals, wenn die Reichspostverwaltung annähernd dieselbe Preisreduktion gewährt, wie sie die Privatpostanstalten haben. Die Reichspostverwaltung hat nicht bloß fiskalischen Zwecken zu dienen, sie soll Verkehr und Kultur fördern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zu der Begründung der Vorlage werden gewisse Ermäßigungen in der Beförderung von Druckfachen nur in Aussicht gestellt, wir verlangen jedoch, daß sie im Besetze festgelegt werden. — Von entscheidender Bedeutung für uns ist auch die schließliche Gestaltung des Teiles der Vorlage, der die Entschädigungen betrifft. Den Privatgesellschaften selbst giebt die Vorlage mit vollen Händen, sogar der entgangene Gewinn soll ihnen entschädigt werden. Um so knapper aber können die Angestellten wegen — Würde der Herr Staatssekretär verständige Verkehrspolitik treiben, dann würde er die Tarife so ermäßigen, daß die Privatgesellschaften gar nicht bestehen könnten und das Reich hätte nicht nötig, sechs bis acht Millionen Entschädigungen an die Privatpostanstalten zu zahlen. Sollte die Vorlage nicht durchgehen, dann würde ich dem Herrn Staatssekretär empfehlen, es einmal auf die Weise zu probieren. Verluste würde die Reichspost nicht haben, denn durch die Erweiterung des Verkehrs würde der Ausfall doppelt und dreifach wieder eingebracht werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Was den Angestellten der Privatposten von der Regierung geboten wird, ist eigentlich nur ein Almosen zu nennen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sollen wir uns für die Vorlage entscheiden, so müssen die Sätze für die Entschädigung ganz anders ausgestaltet werden. Prinzip muß sein, daß Leute, deren körperliche Beschaffenheit es nur irgend zuläßt, in den Dienst des Reichs übernommen werden. Auch ist es ja nicht sehr verlockend für uns, das Heer der politisch so abhängigen Postbeamten um einige tausend zu vermehren. Aber auch die Privatindustriellen verlangen ihre ökonomische Uebermacht zur Unterstützung ihrer Arbeiter, und im Reichsdienste haben die Leute wenigstens Pensionsberechtigung und können nicht von heute auf morgen auf's Pflaster geworfen werden. Den Leuten, die in den Staatsdienst

abernommen werden, muß ihre Dienstzeit ganz oder doch zum großen Teile angerechnet werden und die Entschädigung im Falle der Nichtverwendung erhöht werden. — Auf all diese Fragen wird im einzelnen in der Kommission näher eingegangen sein. Wird die Vorlage so gestaltet, daß unsere Forderungen erfüllt werden, so werden wir die Gefahren, die in der Ausdehnung des Postgesetzes liegen, nicht scheuen und die Vorlage daran nicht scheitern lassen. Wir werden damit wieder einmal beweisen, daß wir „Welchsfreunde“ sind. (Heiterkeit und lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

### Nachrichten aus Magdeburg.

**Achtung, Maurer!** Die Maurer Rathenow beabsichtigen, wie man uns meldet, in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Magdeburger Kollegen werden also wissen, wie sie sich zu verhalten haben.

**Achtung, Schuhmacher!** Die Schuhmacher Hamburgs beabsichtigen sich in Ansbach. Wie uns mitgeteilt wird, sucht die Innung Gesandte in Magdeburg und Umgegend. Ihre Mühen werden vergeblich sein.

Unsere Leser, die Beamten der Staats- und Privatpost, machen wir auf die Rede des Abg. Singer zur Postreformvorlage, die in der vorliegenden Nummer abgedruckt ist, besonders aufmerksam. Sie werden dann wieder einmal erkennen, von welcher Partei die Interessen der wirtschaftlich Schwachen am energischsten vertreten werden.

Der Vertrauensmann der hiesigen Schnelber, Heinrich Seel, hat auf Antrag der Staatsanwaltschaft vom Amtsgericht A. Abteilung 15, einen Strafbefehl in Höhe von 10 Mark zugestellt erhalten, weil er in einer an die Schnelbermeister gerichteten gedruckten Vorstellung den Namen und Wohnort des Herausgebers und Druckers nicht genannt hat. Es wird darin eine Übertretung der §§ 6 und 19 Absatz 1 des Preßgesetzes erwidert. Es wird gegen den Strafbefehl gerichtliche Entscheidung angerechnet werden.

Ein Bild sozialer Gläubigkeit hat sich am Mittwoch auf dem Wochenmarkte. Sechs Kinder im Alter von 14—2 Jahren suchten vor den Anblicken der Witterung unter den Markthauskolonnen Schutz. Auf Befragen teilten dieselben mit, daß ihre Eltern keine Wohnung bekommen hätten und den Familien seitens des Magistrats im Arbeits-Hause auf dem Wallonerberge für die Nacht ein Unterkommen angewiesen sei. Morgens 6 Uhr müßten sie diese gastliche Stätte verlassen. Die Eltern gingen ihrer Beschäftigung nach, während sie sich den Tag über allein überlassen blieben, mit Ausnahme der Zeit, wo ihnen in der Volksschule oder sonst einem „Wohltätigkeits-Institut“ etwas Nahrung verabreicht wurde. Seitens der Marktschreier wurde ihnen etwas warmer Kaffee und Brot zur Stärkung verabreicht. Wie man angesichts solcher Zustände, die sich unseren früheren Schilderungen über die Folgen des Mangels an kleinen Wohnungen würdig anschließen, die Wohnungsnot leugnen kann, ist uns unerschütterlich. So lange die Armen und Elenden im Rathause nicht die gehörige Verehrung besitzen, wird es nicht möglich sein, solche Zustände zu beseitigen. Für die Bewilligung von Geldern zur Abhaltung patriotischer Feste, für Denkmäler und Denkmäler sind die Vertreter der bestehenden Klassen, aus denen sich unsere Stadtverordnetenversammlung in ihrer überwältigenden Mehrheit zusammensetzt, leichter zu haben, als für Ausgaben, welche das soziale Elend zu mildern bestimmt sind. Nun, mit der Zeit hoffen wir, wird es auch hierin anders werden.

Wir lesen in einer hiesigen Zeitung: Ein schweres Sittlichkeitsverbrechen soll, wie ein Gericht mit Bestimmtheit behauptet, vor einigen Tagen auf der Jakobstraße verübt worden sein. Ein unbekannter, etwa 20jähriger Strahler habe ein kleines Mädchen in den Keller eines Hauses gelockt und sich unter Todesandrohungen an dem bedauernswerten Kinde in schändlicher Weise vergangen. Von dem Täter fehle noch jede Spur. Der hiesige Polizeibehörde hat bisher diesen Fall nicht erwähnt. Zur Verhütung der Verbreitung wäre es wohl angebracht, wenn die zuständige Behörde sich deutlich darüber äußerte, ob es sich nur um ein Gerücht, oder um Thatsachen handelt, damit Eltern und Erzieher eventuell ihre Pflegebefohlenen vor solchen Schicksalen warnen und schützen können.

Der Darsteller des Fuhrmann Henschel, Herr Feldner, vom hiesigen Stadttheater, hat am Sonnabend sein Benefiz. Für seinen Vorteilsabend hat Herr Henschel das Lustspiel „Wie die Urten“ gewählt. Wer den Benefizianten in seiner lebenswahren Darstellung des Fuhrmann Henschel gesehen hat, wird ihm auch an seinem Ehrenabend seine Sympathien nicht verlagern.

Die reisende Kaufleute von Wichtigkeit ist ein kammergerichtliches Erkenntnis, wonach Annoncen, daß ein Kaufmann an einem bestimmten Orte zu einer bestimmten Zeit Aufträge entgegennehme, nicht als Aufforderungen von Bestellungen im Sinne des Gesetzes anzusehen seien. Es sei dies um so weniger der Fall, als dabei von einer Befähigung des Publikums, die das Gesetz verhindern wolle, keine Rede sein könne.

Eine schärfere Heberwachung der Margarinefabriken ist seitens der Bundesregierungen an die unteren Verwaltungsbehörden angeordnet. Es ist konstatiert, daß Melonware verwendet ist, ferner daß bei der Herstellung von Margarine der Zusatz von Borax zur Befähigung der Ware in Bedenken erregender Weise vorkomme und schließlich, daß bei mehreren Proben von Margarine festgestellt sei, daß Borax überhaupt nicht oder nur in geringer Menge zugelegt war.

— Für den im Mai in Berlin tagenden Tuberkulosekongress sind gegenwärtig in sämtlichen gewerblichen und Ortskrankenkassen Erhebungen über die Lungenschwindsucht in den verschiedenen Stadien bis zum Tode des Patienten oder bis zu der letzten Krankheitserscheinung veranlaßt. Ferner gilt es festzustellen, wie weit die Infuziona eine Einwirkung auf die Lungenschwindsucht ausübt, oder ob eine Verbindung zwischen diesen beiden Krankheiten besteht.

In der ersten Versammlung der Buchbinder-Zwangsinnung war die Beteiligung trotz Zwanges und Strafen sehr gering. Von circa 60 Mitgliedern waren nur 20 erschienen. Zwei Lehrlinge hatten ihre Gesellenstücke zur Prüfung vorgelegt, nur zwei wurden zu Meistern befördert. Der dritte Lehrling (bei dem Buchbindermeister Karl Fischer) wurde mit seinen Arbeiten als ungenügend zurückgewiesen; er muß nochmal ein Gesellenstück bei einem anderen Meister anfertigen. Seit circa 20 Jahren ist es das erste mal, daß ein betraglicher Fall vorgekommen ist.

### Nachrichten aus der Provinz.

**Salze a. G. (Selbstmord eines 14jährigen Mädchens.)** Vor einigen Wochen verschwand die 14jährige Marie B., ohne daß der Aufenthaltsort des Mädchens ermittelt werden konnte. Heute wurde die Leiche des Kindes an der oberen Schleuse aus der Saale herausgeholt. Furcht vor Strafe soll das Motiv der unglückseligen That sein.

**Fernverkehr.** (Der Kirchenweg.) Der Verkehr zwischen Fernerleben und Weyendorf soll abgebrochen werden. Seit bald 100 Jahren existiert ein Fußsteig von Fernerleben nach Weyendorf, früher Kirchenweg, welcher noch heute viel benutzt wird, trotzdem von der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn eine Haltestelle in Weyendorf hergestellt ist, um dem Publikum eine bequeme Fahrgelegenheit nach Wudau zu schaffen. Auch jetzt wird derselbe noch als Kirchenweg benutzt, weil Sonntags kein Personenzug in Weyendorf Passagiere aufnimmt, vielmehr die Leute nach Wudau müssen. Fast an jedem Sonntag gehen die fremden Leute von Sothen nach Wudau in Scharen zur katholischen Kirche, auch eine ganze Zahl von Arbeitern, welche die Bahn des Morgens nicht benutzen können, gehen diesen Weg hin und zurück nach Wudau. Auch sonst ist bei Tage, wenn die Witterung günstig ist, auf diesem Wege der Verkehr ein ganz reger. Der Herr Amtsvorsteher aus Salze giebt nun bekannt im künftigen Anzeiger in Nr. 3 vom 7. April:

Es wird beabsichtigt, den Fußweg, welcher in Salze Feldmark vom langen Gassenwege ab in gerader Richtung nach Nordosten ehemals bis zu den Gobelischen Aedern, mißbräuchlich jetzt bis zu dem verlängerten Friedhofsweg an der Fernerlebener Grenze führt, einzuziehen, da derselbe als öffentlicher Weg einbehalten werden soll. Einsprüche gegen dieses Vorhaben sind gemäß § 67 des Justizminister-Gesetzes vom 1. August 1897 binnen 4 Wochen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung zur Vermeidung des Ausschlusses bei dem Unterzeichneten geltend zu machen. Salze, den 30. März 1899.

Der Amtsvorsteher. Stierlicher Bericht der General-Anzeiger in Nr. 96 vom 9. April in folgender Weise, was sich doch die Personen merken mögen, die diesen Weg benutzen müssen und trotzdem ihr Geld nach dem General-Anzeiger opfern, indem sie noch Annoncen derselben sind. Der General-Anzeiger schreibt: Von alter Zeit her führte viel benutzt, hat aber jetzt, wo Weyendorf eine Haltestelle der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn erhalten hat, seine Bedeutung vollkommen verloren, es treiben sich nur solche Leute auf demselben herum, welche entweder Lust zu treiben oder Feldbiederstähle auszuführen wollen. Das ist widersprüchlich zu lesen im General-Anzeiger. Die ganze Gemeinde Weyendorf protestiert hiergegen, erheben gegen die Beileidigung, zweitens auch wegen der Einziehung dieses Weges. Sie will nicht geben, daß der Verkehr zwischen Fernerleben und Weyendorf abgebrochen wird. Ein Interesse an der Einziehung können nur zwei Grundbesitzer haben, die große Masse wird hierdurch geschädigt. Es empfiehlt sich daher, beim Amtsvorsteher zahlreich Einspruch zu erheben. Zu bemerken ist noch, daß dieser Weg nebst Kirchenweg auch noch Apothekenweg genannt wird, und auch zu diesem Zweck sehr viel benutzt wird, da täglich nur drei Züge in Weyendorf nach Wudau anhalten.

**Salzestadt.** (Freiwillig gestellt.) Der wegen Betrugesschweiz verfolgte Kalkulator Hermann Meyer von hier ist aus der Schweiz, wohin er geflüchtet war, bereits wieder zurückgekehrt und hat sich der Behörde freiwillig gestellt, worauf seine Verhaftung erfolgt ist.

**Obernaundorf.** (Spielelei mit einer Patrone.) Der effahrgelbe Sohn eines hiesigen Zimmermanns fand, mit anderen Kameraden spielend, eine Patrone. Er brachte diese auf einem Hankoy zum explodieren. Dabei drang ihm die Patrone in den Unterleib, wo sie stecken blieb. Der Knabe wurde nach Halle gebracht, doch zweifelt man an der Erhaltung seines Lebens.

**Ringleben.** (Sittlichkeitsverbrechen.) Ein durchwandelnder Handwerksbursche hat sich an einem 14jährigen Mädchen sittlich ver-

gangen und sagt dann noch dem abwesenden Vater des Mädchens eine Lüge nach. Er wurde aber durch einen Nachbar eingeholt und in Kriem festgenommen. Das Kind soll nicht unbedeutend erkrankt sein. Die Uhr warf der Unhold kurz vor seiner Festnahme in die Luft.

**Wittenberg.** (Deserteur.) Ein vor kurzem eingeworfener Deserteur bei der 6. Kompanie des 20. Infanterie-Regiments erkrankte sich vor einigen Tagen früh aus der Kaserne und trat, nachdem er sich Civilkleider beschafft hatte, eine Meile nach Berlin an. Heute fanden ihn bei Wiestig im Strahengraben liegend, da er sich bei einem Sprung aus dem Fenstereisen der Höhe so verletzt hatte, daß er nicht weiter konnte. Der Verletzte kam in das Garnisonlazarett.

**Sely.** (Eisenbahnunfall.) Der abends 9 Uhr 47 Minuten nach Wittenberg abgehende Personenzug hat vorgestern zwischen Sely und Mahndorf, und zwar auf dem Uebergange an der Eiferbrücke, ein Gefährt überfahren und zertrümmert. Der Zugverkehr erfuhr Störungen nicht, leider aber sind bei dem Vorfall zwei Personen getötet worden.

### Meine Chronik.

Im unteren Siegesbiete herrscht Hochwasser. Die Siegesüberflutung weite Strecken. Auch aus dem oberen Ruhrgebiet kommende Melbungen besagen, daß die Ruhr bedenklich im Wachsen begriffen ist und bereits die Niederungen überschwemmt.

Schneemassen werden aus dem Schwarzwalde gemeldet, wie sie den ganzen Winter hindurch nicht zu sehen waren. In Leipzig herrscht seit Mittwoch früh starker Schneefall. Auch aus Erfurt wird dichter Schneefall gemeldet. In Kiel ist ebenfalls Schneefall eingetreten.

Beim Abbruch eines Hauses in Kiel stürzte eine Mauer ein, mehrere Arbeiter unter sich begraben. Der Maurer Wilhelm ist tot. Zwei Bauarbeiter sind schwer verletzt.

Von der Moskauer Universität, deren Hörer über 5000 zählen, sind ausgeschlossen 2180; mehrere von diesen wurden verhaftet, der Rest in die Heimat abgeschoben. In Moskau kam es zu unbedeutenden Ruhestörungen in den Ingenieurschulen, deren Schließung bevorsteht.

Aus Mexiko werden 26 Pestkrankungen gemeldet. Nach einer Depesche aus Mexiko berichtet der dort angelangene englische Dampfer „Kingswell“, er sei am 9. d. M. mit dem in Simit behimanteten griechischen Dampfer „Marvia“ zusammen gestoßen. Die „Marvia“ sank; von den an Bord befindlichen 40 Personen wurden nur vier gerettet. „Kingswell“ blieb unbeschädigt.

Infolge Unterpflanzung des Bahndammes zwischen Moskau und Nowo-Tscherlast ist ein Personenzug entgleist. Die Lokomotive, der Postwagen und sieben Waggons wurden vollständig zertrümmert; sechs Passagiere und drei Schaffner blieben tot; zwanzig andere Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Durch den Austritt des Flusses Kellowstone sind, wie aus New-York gemeldet wird, verheerende Fluten eingetreten; in Montana stehen große Landstriche unter Wasser. Die Eisenbahnen sind überschwemmt; hunderte von Kindern sind umgekommen und im allgemeinen ist viel Sachschaden angerichtet worden. 12 Personen sind in der Hochflut ertrunken und drei werden vermisst.

### Bereine, Versammlungen, Vergnügen.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Magdeburg).** Sonnabend, den 15. April, abends 8 Uhr, General-Versammlung im „Luisenpark“, Spielgartenstraße 1c. Mitgliederblättern dienen zur Legitimation.

**Achtung, Arbeiter!** Am Sonntag, den 16. April, nachmittags 3 Uhr, findet in Friedrichslust eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Sammetweber Karl Hopp aus Krefeld über: „Der Zustand der Krefelder Weber ein Klassenkampf“ referieren wird. Es ist Pflicht aller organisierten Arbeiter, für zahlreichen Besuch der Versammlung zu sorgen.

### Briefkasten.

G. S. in S. Wenn Sie mehr als drei Kinder haben, für jedes 50 Mark jährlich. Die übrigen Posten dürfen nicht abgezogen werden.

### Letzte Nachrichten.

**Seraing (Belgien.)** 3000 Grubenarbeiter sind in den Aufstand getreten. Sie verlangen eine 15prozentige Lohnerhöhung. Man nimmt an, daß der Streit sich auf den ganzen belgischen Bezirk ausdehnen wird.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Filiale Sudenburg.

### Versammlung

am Sonnabend, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr in der Zerbster Bierhalle, Schöningerstraße 28.

Tages-Ordnung:

1. Rechnungsabschluss vom 1. Quartal 1899. 2. Bericht von der vierten General-Versammlung in Halle. Referent: Kollege Julius Berger. 3. Verschiedenes. Es wird jedem Kollegen zur Pflicht gemacht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß der **Vortrags-Abend über Dr. Hansens Nordpolfahrt** am Montag, den 17. April stattfindet. Erläutert wird derselbe durch 80 Lichtbilder nach Original-Aufnahmen Hansens. Der Preis der Eintrittskarte beträgt 20 Pf. und sind solche bei den Herren Franz Köditzsch, Julius Berger, in der Cigarettenfabrik von Emil Streiter, bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern und in der Versammlung am Sonnabend zu haben. Die Ortsverwaltung.

## Versammlung

des **Central-Verbandes der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter** am Sonnabend, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr im Bürgerhause, Stephansbrücke No. 38.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Max Thoma.
2. Bericht pro 1. Quartal 1899.
3. Einführung der Kranken- und Sterbe-Unterstützung.
4. Verbands-Angelegenheiten.

Wegen des dritten Punktes der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder erforderlich. Auch werden daselbst neue Mitglieder aufgenommen. Die Ortsverwaltung.

## Tapeten

große Auswahl, sehr billig, bei **Fritz Prager** Wudau, Schönebeckerstraße Nr. 24, Wilhelmstadt, Annastraße 6, neben der Post. 881

**Tapeten** große Auswahl — billige Preise. 933 **Bernh. Gleibler** 50a Hohepoststraße 50a.

## 40 Bettstellen

## u. Matrassen

werden einzeln mit einer Anzahlung von **100 Mark** und wöchentlich **Abzahlung** von **1,00 Mark** an abgegeben.

## S. Osswald

Ulrichstraße 14 903 1. Etage gegenüber der Ulrichskirche.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltung Magdeburg.

Sonnabend, den 15. April, abends 8 Uhr: General-Versammlung im Luisenpark, Spielgartenstraße 1c. 1159 Tages-Ordnung: 1. Geschäftsbericht für das 1. Quartal 1899. 2. Berichtserstattung von der Generalversammlung in Halle a. S. 3. Sonstige Verbands-Angelegenheiten. Gute Agitation und zahlreichen Besuch erwartet. Die Verwaltung.

## General-Versammlung

der **Central-Kranken- und Begräbniskasse der Sattler und Berufsgenossen Deutschlands „Hoffnung“** (Eingetragene Hilfskasse Nr. 64) am Sonnabend, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr in der Burghalle, Tischlerkrugstraße No. 28.

Tages-Ordnung: 1. Kassen- und Geschäftsbericht vom 1. Quartal 1899. 2. Arztfrage. 3. Verschiedenes. 263 Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

## Mitglieder-Versammlung

des Verbandes der **Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands** 1147 Bahnhalle Sudenburg **Sonnabend, den 15. April, abends 8 Uhr im Restaurant zum Deutschen Hof, Michaelstr. 16.**

Tages-Ordnung: **Referent und Tagesordnung** werden in der Versammlung bekannt gegeben. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht. Die Ortsverwaltung.

# Öffentliche Versammlung

der **Vöttcher Magdeburgs u. Umg.**  
am Sonnabend, den 18. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr im Lokale  
des Herrn Prautsch, Fassaalochberg 9 (oberer Saal).

Tages-Ordnung:  
Die Lage des Vöttchergewerkes im allgemeinen. Referent: Reichstagsabg. W. Nies. 1162  
Der Einberufer.

## Große öffentliche Versammlung der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen. Olvenstedt

Freitag, den 14. April 1899, abends 8 Uhr  
im Lokale des Herrn Firschefeldt.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Verbandsvorsitzenden August Wren-Hannover über: „Die Lebenshaltung der Arbeiter und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 1087  
Arbeiter und Arbeiterinnen! Agitiert mit aller Energie für einen guten Besuch, richtet hauptsächlich das Augenmerk auf diejenigen, die jahraus, jahrein ihren Schicksal dahingehen und sonst sich um nichts was ihnen nahe liegt, kümmern. 1148  
Der Vertrauensmann.

## Groß-Ottersleben.

Sonntag, den 16. April, veranstaltet der Bennedecker Turnverein im Lokale des Herrn Hoppe einen

### Theater-Abend.

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Der Festleiter.

## Schuhwaren.

Bringe mein reichhaltiges  
Schuhwaren-Lager nebst Reparatur- und Maß-Werkstatt  
in empfehlende Erinnerung. 1170

**Otto Schmidt** Wilhelmstadt  
Große Driesdorferstraße 32.

Vorzeiger dieses Inserats erhält 2 Prozent Rabatt, trotz der äußerst billigen Preise.

### Breiteweg 89/90

kauft man zu den denkbar  
billigsten Preisen:  
Kiefern- und Birken  
echte, halbechte und imitierte

## Möbel

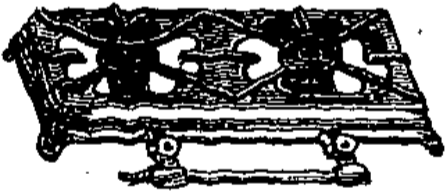
ebenso unter Garantie recht  
dauerhaft u. elegant gearbeitete

### Polsterwaren

bei 838

**Georg Mook**  
Breiteweg 89/90.

## Gaskocher



**Grösste Heizkraft**  
Sparbarer Gasverbrauch.

Eigene Werkstatt für sämtliche  
Gasanlagen.

### Otto Janoschek

vorm. E. Marquardt  
Große Junferstraße 6a.

Strafklage, Ehe, Aliment., Unfallsch.,  
Gelbeinz., Gef. Betr., Testament,  
Landgraf, Rechtskons., Tischlertrugstr. 27, 9.

## Möbel

Sofa, Garnituren, Spiegel.  
Eigene Fabrikation.  
Gute Arbeit. Billigste Preise.

### Paul Meissner

Hasselb. 3, dicht beim  
Stadtheater.  
2 Minuten vom Bahnhof.  
Preisliste 798  
gratis und franko.

### Kaufbursche gesucht

Werkerei Breiteweg 116.

## Größtes Brot

über 5 Pfund schwer, 50 Pfg. 1284  
W. Schwaneberg, Knochenhauer-  
u. uferstraße 52.

Einem geehrten Publikum von  
Groß- u. Klein-Ottersleben  
und Bennedeck  
empfehle bestens:

## feines Brot und weiße Waren

Corten u. alle Sorten Kaffee-  
u. und Theegebäck  
in feinstem Geschmack u.

Bäckerei und Konditorei  
von 1165  
**Ernst Franz.**

\* Eisdrauk zu kaufen ges. Zu erf. 5.  
Große, Mittelstr. 9, S. II.

## Möbel- Einrichtungen

größte Auswahl  
in den großen Sälen  
und 5 Möbelspeichern von

### J. Mook

jetzt nur 1093  
Jakobstraße 51  
dicht am Alten Markt.

\* Ein Kindermantel u. Aquarium zu ver-  
kaufen Kl. Schulstr. 4, S. r. II. v. Tschow.

\* Gedeckener ganz billig zu verkaufen  
Werststraße 22, S. 1 Tr.

\* Ein Lehrling auf f. Damen-Konfektion  
gesucht. Fr. Pchel, Wolfenb. 11, S. 11.

\* Aquarium billig zu verkaufen.  
Neuhaldenslebenstraße 11, 1 Tr.

## Meine Sprechstunden

sind von jetzt ab:

### In Neustadt

Breiteweg 115  
wochentäglich von 9-1 Uhr.

Außerdem Mittwoch und Sonnabend  
abend von 6 1/2-8 Uhr.

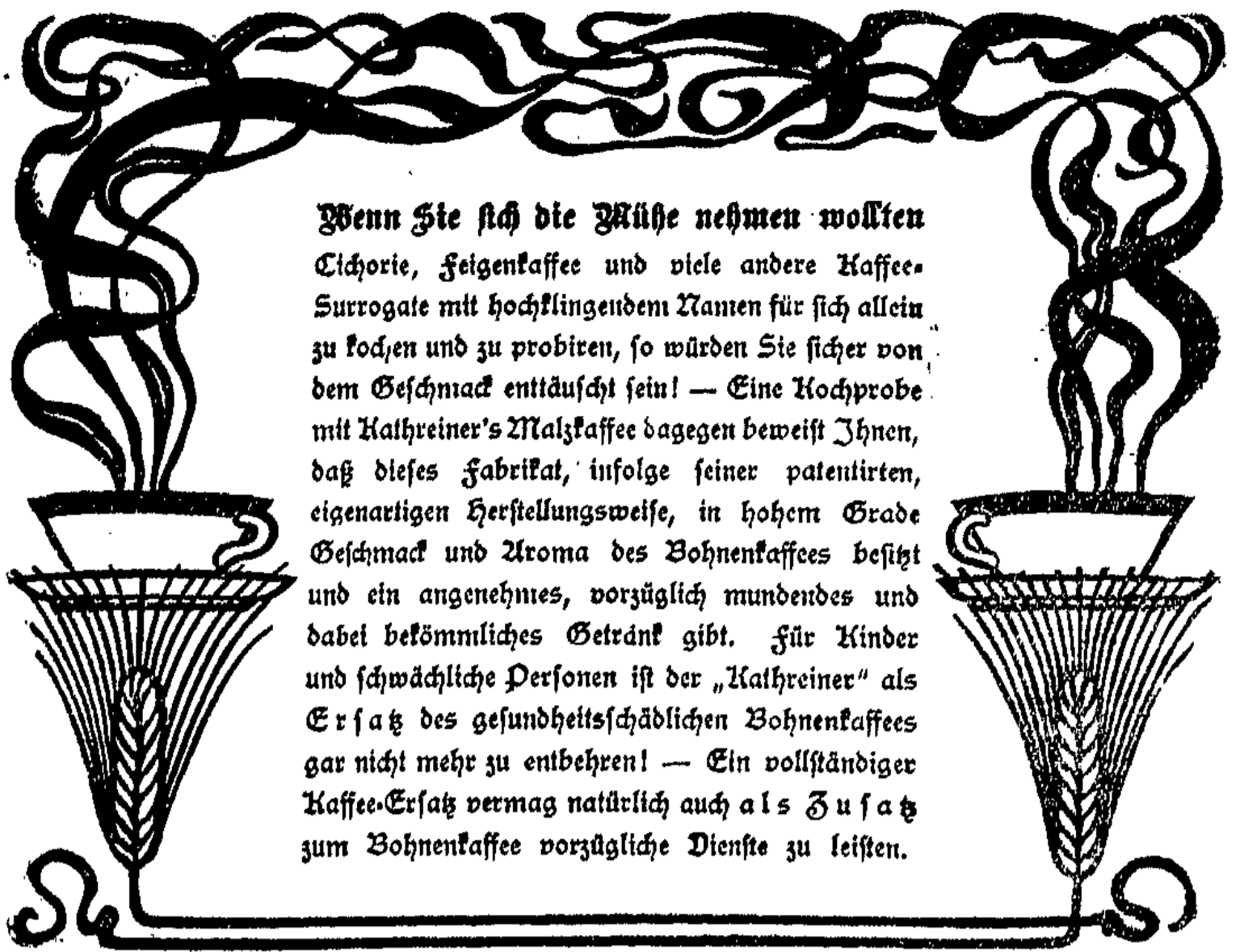
### In Magdeburg

Gr. Schulstr. 4  
Wochentäglich von 3-4 Uhr.

**Dr. Grünberg**  
prakt. Arzt 1146

## Heute: Schlachtfest

solwie alle Wurst- und Fischwaren.  
Brüggemann, Olvenstedterstr. 3.  
Ladenöffnung morgens 5 Uhr. [1156]



Wenn Sie sich die Mühe nehmen wollten  
Cichorie, Feigenkaffee und viele andere Kaffee-  
Surrogate mit hoch klingendem Namen für sich allein  
zu kochen und zu probieren, so würden Sie sicher von  
dem Geschmack enttäuscht sein! — Eine Kochprobe  
mit Kathreiner's Malzkaffee dagegen beweist Ihnen,  
daß dieses Fabrikat, in Folge seiner patentirten,  
eigenartigen Herstellungsweise, in hohem Grade  
Geschmack und Aroma des Bohnenkaffees besitzt  
und ein angenehmes, vorzüglich mündendes und  
dabei bekömmliches Getränk gibt. Für Kinder  
und schwächliche Personen ist der „Kathreiner“ als  
Ersatz des gesundheitschädlichen Bohnenkaffees  
gar nicht mehr zu entbehren! — Ein vollständiger  
Kaffee-Ersatz vermag natürlich auch als Zusatz  
zum Bohnenkaffee vorzügliche Dienste zu leisten.

## R. Wienecke

Schuhmachermeister

Wolltestraße 3, Hof pt. I.  
empfiehlt sich allen Freunden und Bekannten  
zu allen in sein Fach schlagenden Arbeiten  
bei billigster Preisstellung und kouranter  
Bedienung. 1066

### Land-Gasthof.

Verkaufe meinen flottgeh. Landgasthof,  
Gesundst. an der Hauptstr. gel.  
sofort wegen Krankheit meiner Frau  
für den Preis von 33 000 Mk. Aug.  
3000 Mk. Gebäude neu massiv,  
1 Morg. Obst- u. Gemüsegarten usw.  
Miete 365 Mk. Verkauft mit d. Verkauft  
E. Messinger, Rotkeßstraße 24.

## Die Dampf-, Kur- und Badeanstalt

1077  
(Zuh. Herm. Fröhbrodt)  
Magdeburg, Gr. Schulstr. 4

empfiehlt sich dem geehrten Publikum von  
Magdeburg und Umgebung aufs beste. Es  
gelangen bei größter Sauberkeit alle physio-  
logischen Heilfaktoren zur Anwendung, wie  
Dampfbäder, Packungen, Massagen,  
Sohlbad, Kneippische Güsse, Elektrische  
Anwendungen usw.  
Verz.liche Sprechstunden: Dr. med.  
Herzberg 10 1/2-11 1/2 Uhr vorm.  
Dr. med. Grünberg 3-4 Uhr nachm.  
Um geneigten Zuspruch bittet D. D.

## Schneider

auf Fadetts

bessere Sachen, finden dauernde  
Beschäftigung. 1169

**B. Basch, Gr. Münzstr. 3.**

## Schneiderinnen

auf Zwirn- u. Lederhosen  
werden verlangt. 1169

**B. Basch, Gr. Münz-  
straße 3.**

\* Flotte Näherin sucht Fr. Bremer,  
Schneiderin, Sbhg., Wolfenb. 11, S. 11.

\* Anst. Logis Fassaalochberg 20, S. II  
Wwe. Schmidt.

\* Zwei junge Leute finden anständ. Logis  
St. Michaelstraße 37, v. 2 Tr. r. 1281

\* Fr. Logis m. sep. Eing. Berlinerstr. 9, S. I. II.

## Neue Neustädter

### Arbeiter-Gesang-Verein.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am  
Sonntag, den 4. Juni, eine 1163

### Omnibus-Fahrt

nach Neuhaldensleben  
stattfindet. Der Vorstand.

## Walhalla-Theater.

Jeden Abend:

### Große Künstler- Spezialitäten-Vorstellung.

Seute und folgende Tage:  
Der Schlafwagen-Kontrolleur.

## Wilhelm-Theater.

Seute und folgende Tage:  
Der Schlafwagen-Kontrolleur.

Stadt-Theater.  
Freitag, den 14. April 1899:  
**Die Zauberflöte.**  
Sonntag, den 16. April 1899:  
Anfang 3 Uhr.  
**Die Geisha.**  
Operette in 3 Akten. Musik von Sidney Jones.

## Cirkus- Theater.

Täglich 8 Uhr:

**Hermann Krügers**  
elektrische  
Prachtanstaltung

der  
**18 musik.-  
elektr. 18  
Sterne.**

Die Bühnendekoration  
zeigt ein Flammenmeer von  
ca. 3000 brennenden Öllamp-  
lampen.  
Sensationell!

**Baronin**  
Mitacor

und die 1055  
übrigen Attraktionen.

Vorverkauf- und Saison-  
karten sind gültig.

\* Dem Modelistiker S. Ehrhardt zu  
seinem Geburtstage die herzl. Glückwünsche.

\* Unserm Kollegen Fr. Mucke zum 54. Ge-  
burtstage ein donnerndes Hoch!

Dienstag nachmittag 6 1/2 Uhr starb  
plötzlich am Schlagfluß mein lieber  
Vater, unser guter Onkel, der Tischler

## Emil Günther

im 46. Lebensjahre. 287

Dies zeigen tiefbetrübt an

Witwe Ebert nebst Kindern.  
Fischerweg 1.

Die Beerdigung findet Freitag nach-  
mittag 6 1/2 Uhr von der Kapelle des  
Westfriedhofes aus statt.

## Codes-Anzeige.

Am Dienstag, den 11. April, starb  
plötzlich und unerwartet unser lieber  
Kollege, der Tischler 289

## Ernst Reichert.

Die Beerdigung findet am Freitag,  
den 14. April, nachmittags 5 1/2 Uhr  
von der Kapelle des Westfriedhofes  
aus statt.

## Das Schicksal landwirtschaftlicher Arbeiter.

Im Anhaltischen Landtag ist ein Gesetzesentwurf eingegangen, der die landwirtschaftlichen Arbeiter vollständig unter Gesinderecht stellt, hohe Strafen für das vorzeitige Verlassen des Dienstes festsetzt und die zwangsweise Wiederzuführung in den Dienst gestattet. Außerdem werden Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr festgesetzt für die Verabredung von Arbeitseinstellungen. Die in Frage kommenden Paragraphen lauten im wesentlichen folgendermaßen:

§ 1. Landwirtschaftliche Arbeiter, welche widerrechtlich den Antritt der Arbeit verweigern oder die Arbeit verlassen, werden mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark oder mit Haft bis zu zehn Tagen bestraft. Die Bestrafung tritt nur auf Antrag des Arbeitgebers ein. Der Antrag ist nur zulässig, wenn er innerhalb einer Woche nach Begehung der strafbaren Handlung gestellt wird. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig.

§ 2. Wenn landwirtschaftliche Arbeiter widerrechtlich den Antritt der Arbeit verweigern oder die Arbeit verlassen, so ist die zwangsweise Zuführung derselben durch die Polizeibehörde des Arbeitsortes auf Antrag des Arbeitgebers zulässig. Der Antrag muß innerhalb einer Woche nach dem vertragmäßigen Antrittstage oder nach dem Verlassen der Arbeit gestellt werden.

§ 3. Wer landwirtschaftliche Arbeiter zur widerrechtlichen Verweigerung des Antritts der Arbeit oder zum widerrechtlichen Verlassen der Arbeit verleitet, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft. Derselbe ist dem Arbeitgeber für den daraus entstehenden Schaden verantwortlich; er haftet neben dem Arbeiter als Gesamtschuldner.

§ 4. Landwirtschaftliche Arbeiter, welche die Arbeitgeber zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern unter einander verabreden, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Die Anstiften unterliegen der gleichen Strafe, auch wenn sie keine landwirtschaftlichen Arbeiter sind.

Die Gesetzesvorlage kennzeichnet so recht die reaktionäre Strömung der Zeit. Die Vorlage geht sogar weit über das bisher schon in Preußen übliche hinaus, indem z. B. in Preußen wegen Anstiftung zur Arbeitseinstellung nur die landwirtschaftlichen Arbeiter selbst mit Gefängnisstrafe bebroht werden, während man in Anhalt auch alle anderen Leute unter diesen Paragraphen stellen will. Die Reaktion ist nun drauf und dran, die Vorteile auszubehnten, die ihr durch die Fassung des Bürgerlichen Gesetzbuches zugeflossen sind. Unsere Partei war es bekanntlich, die das Gesetzgebungsrecht der Einzelstaaten auf dem Gebiet des Gesindewesens aufheben wollten. Unsere Anträge unterlagen aber dem brüderlichen Zusammenwirken der bürgerlichen Parteien. Und nun sollen die Arbeiter die Folgen dieser Gesetzgebung zu schmecken bekommen.

Wie die Magdeburgische Zeitung erfährt, ist diese Gesetzordnung für die landlichen Arbeiter in Anhalt vom Landtag angenommen worden. Den Nutzen werden trotz allem die Sozialdemokraten haben, die man bekämpfen will.

## Politische Tagesrundschau.

### Deutschland.

Das Flottengesetz ist kaum ein Jahr in Kraft, und schon drängen die Flottenenthlasten darauf hin, den Flottenplan zu vergrößern und in der Ausführung zu beschleunigen und zu erweitern. So wird in der Münchener Allgemeinen Zeitung in einer Berliner Korrespondenz die Erwartung ausgesprochen, daß die Vorlegung des Nachtragsetats im Reichstag, bei welchem die neue Organisation der obersten Marinebehörden festgesetzt werden muß, dem Reichstag Gelegenheit geben werde zu Kundgebungen in dieser Richtung, namentlich im Hinblick auf die letzten Vorarbeiten auf Samoa. Einige Milliarden für die Vergrößerung unserer Flotte ist diesen Leuten ein Bettelbrot. Das Volk muß ja die indirekten Steuern tragen.

Im Gegensatz zu der Vermutung, der Vicepräsident des preussischen Staatsministeriums, Herr Miquel, sei ein Gegner oder doch nur halber Anhänger des Mittelkanalprojektes, wird nationalliberalen Blättern versichert, Herr v. Miquel sei entschlossen, seinen ganzen ihm zur Verfügung stehenden Einfluß für das Zustandekommen des großen Kulturwertes aufzuwenden. Im Zusammenhange mit dieser Meldung steht eine offizielle Auslassung, welche den Forderungen der Gegner der Kanalvorlage nach gesetzlicher Festlegung möglichst hoher Kanalgebühren entgegentritt. Eine Fixierung der Kanal- oder Eisenbahntarife derart, daß Abänderungen von der Zustimmung der Landesvertretung abhängig gemacht würden, sei gleichbedeutend mit einer „dem Wortlaut und dem Geist der Verfassung direkt zuwiderlaufenden Beschränkung der landesherrlichen Regierungsgewalt“. Diese grundsätzlichen Bedenken machten es der Regierung zur Pflicht, jeden Versuch einer gesetzlichen Festlegung von Kanalgebühren oder Eisenbahntarifen ohne weiteres zurückzuweisen.

In München hat sich im vorigen Jahre ein Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes mit dem Zweck gebildet, eine Koalition gegen Streikgelüste der Ar-

beiter zu schaffen. Das Sekretariat des Verbandes hat nun vor vierzehn Tagen an die Mitglieder ein Rundschreiben gerichtet, das die Münchener Post wie folgt an die Öffentlichkeit bringt:

München, den 23. März 1899.

Sehr verehrliches Verbandsmitglied!  
Laut sorben eingetroffener Mitteilung der Baugewerks-Innung zu Gotha ist dort am 20. ds. Mts. ein Streik der Zimmerleute und Malschreiner ausgebrochen.

Hiervon beehrt sich das unterzeichnete Sekretariat im Auftrage Kenntnis zu geben. Es wird hierbei die Erwartung ausgesprochen, etwa von Gotha zuweisende Schreiner und Zimmerleute hier nicht einzusetzen. Für die Herren Interessenten liegt ein Verzeichnis der Streikenden im Verbands-Sekretariat, Herzog Wilhelmstraße 7/8, täglich von 10 bis 12 Uhr vormittags zur Einsichtnahme auf.

Ergebenst

Sekretariat des Verbandes der Arbeitgeber des Baugewerbes für München und Umgebung.

Die Münchener Baumeister können froh sein, daß die Vorlage zum Schutz der Arbeitssuchenden noch nicht fertig ist. Andernfalls würden sie schwer bestraft werden.

Ueber die Verunglückungen mit 1888/97 jährlich 792 Mann = 2,20 vom Tausend, d. i. je einer von 456 Arbeitern, ums Leben kamen. Unter den Arten des Bergbaues steht die Braunkohlengewinnung mit der verhältnismäßig höchsten Verunglückungsziffer obenan. Von den hier im Berichtsjahre beschäftigten 33 020 Arbeitern wurden 78 = 2,36 vom Tausend getötet, d. i. je einer von 428 Mann gegen 58 = 2,01 vom Tausend, d. i. je einen von 499 Mann in dem betreffenden zehnjährigen Durchschnitte. Mit einer fast gleich hohen Ziffer folgt der Steinkohlenbergbau, bei welchem von 303 870 Arbeitern 714 = 2,35 vom Tausend verunglückten, d. i. je einer von 425 Mann, gegen 648 = Mann = 2,52 vom Tausend, d. i. je einen von 396 Mann, welche in gleichem zehnjährigen Durchschnitte ums Leben kamen. Ein weniger ungünstiges Bild zeigt die Gewinnung anderer Mineralien (Mineralalze und Steine). Hier endeten von 14 277 Arbeitern 23 durch Verunglückung = 1,61 vom Tausend, d. i. je einer von 621 Mann, während im fraglichen Durchschnitte 22 Mann = 1,83 vom Tausend, d. i. je einer von 546 Mann, getötet wurden. An letzter Stelle, mit der niedrigsten Verunglückungsziffer, erscheint der Erzbergbau, bei welchem 64 971 Arbeiter beschäftigt wurden. Hier kamen 68 ums Leben oder 1,05 vom Tausend, d. i. je einer von 955 Mann gegen 70 Mann = 1,06 vom Tausend, d. i. je einen von 939 Mann im Durchschnitte der Jahre 1888/97. Welch schreckliche Ziffern! Und trotz allem keine Arbeiterkontrollen!

Mit der antisemitischen Partei — so wird dem Vorwärts aus Dresden geschrieben — geht es in Sachsen immer schneller bergab; das kommt vor allem im Stand der antisemitischen Presse zum Ausdruck. Das in Dresden erscheinende Organ die Wacht hat im verfloßenen Jahre wieder einen Geschäftsverlust von 186 938 Mark bei einem Aktienkapital von 239 400 Mark zu verzeichnen. Das reine Vermögen ist bis auf reichlich 52 000 Mark zusammengeschrumpft. Und das, trotzdem an Gehältern, Redaktionskosten u. bis aufs äußerste gegen früher gespart worden ist. Der Abonnentenschwund ist seit drei Jahren chronisch, die Abonnementgelde sind von 65 000 Mark auf 49 000 Mark gefallen. Bei Umwandlung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft sind seiner Zeit den Aktionären goldene Berge versprochen worden. Man hat nun zwar beschlossen, noch eine Weile fortzuwachteln. Nach Lage der Sache ist das Eingehen der Wacht aber nur noch eine Frage kurzer Zeit. Damit haben dann die Antisemiten als Partei völlig abgedankt.

Auf der Abrüstungskonferenz wird, wie Wolffs Bureau aus dem Haag meldet, jede vertretene Macht nur eine Stimme haben. Die Konferenz wird sich, wie wir schon erwähnten, ausschließlich mit den im zweiten russischen Rundschreiben aufgeführten Fragen, sowie mit denjenigen beschäftigen, welche sich auf die im Rundschreiben vom August 1898 entwickelten Ideen beziehen. Unbedingt ausgeschlossen sollen alle Besprechungen solcher Art sein, welche auf die politischen Beziehungen der Staaten zu einander oder auf die durch Verträge geschaffene Ordnung der Dinge Bezug haben. Die in dem zweiten Rundschreiben des Grafen Murawiew erwähnten acht Punkte des Beratungsprogramms sind die folgenden: 1. Ein Einvernehmen, welches die Nichtvermehrung des gegenwärtigen Effektivstandes der Land- und Seestreitkräfte, sowie der hierauf bezüglichen Kriegsbudgets für eine festzusetzende Zeit stipuliert, und vorläufiges Studium der Wege, auf welchen sich überdies in der Zukunft eine Herabsetzung des Effektivstandes und der obenerwähnten Budgets verwirklichen ließe; 2. das Verbot, sowohl in den Armeen und Flotten, was immer für neue Schusswaffen und neue Explosivstoffe einzuführen, als auch die bereits in Verwendung stehenden explodierenden Geschosse für Gewehre und Kanonen weiterhin anzuwenden; 3. die Beschränkung der Anwendung von bereits vorhandenen Explosivstoffen von furchtbarer Wirkung in Kriegen zu Lande und das Verbot, Geschosse oder Explosivstoffe

irgend welcher Art von einem Ballon aus oder in ähnlicher Weise zu verwenden; 4. das Verbot, in Seekriegen unterseeische Torpedoboote, Taucher oder ähnliche Zerstörungswerke zu verwenden, und die Verpflichtung, in Zukunft keine Sporn-Kriegsschiffe mehr zu bauen; 5. die Anpassung der Bestimmungen der Genfer Konvention vom Jahre 1864 für Seekriege auf Grund der Zusatzartikel vom Jahre 1868; 6. die Erklärung, daß die während oder nach den Seeschlachten mit der Vergung der Schiffe beschäftigten Schiffe und Schaluppen aus demselben Titel neutral seien; 7. die Revision der in der Brüsseler Konferenz 1874 ausgearbeiteten und bis heute nicht ratifizierten Erklärung, betreffend die Gefolge und Gepflogenheiten im Kriege; 8. die prinzipielle Annahme der Verwendung von guten Diensten zum Zwecke der Vermittelung, sowie eines fakultativen Schiedsgerichtes in den hierfür geeigneten Fällen, um bewaffneten Konflikten unter den Nationen vorzubeugen; eine Verständigung über die Art ihrer Verwendung und die Feststellung einer gleichförmigen Praxis für ihre Anwendung. — Einige der Mächte haben schon mit Vorbehalt auf die Einladung geantwortet. So will England und auf die Vermehrung seiner Flotte verzichten, Frankreich ist in seine Unterseeboote verliebt und will sie nicht verlieren; Amerika und Spanien haben noch andere Spezialwünsche. Es soll uns wundern, welcher der acht Punkte schließlich noch als diskutabel übrig bleibt.

## Die „Umstürzler“ an der Arbeit.

Die Verwaltung der etwa 15 000 Mitglieder umfassenden allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Straßburg i. E. befindet sich seit Beginn des Jahres 1897 in den Händen der organisierten Arbeiterschaft, nachdem bei den damaligen Wahlen die von sozialistischer Seite aufgestellten Listen für die Wahl der Vertreter in der Generalversammlung auf der ganzen Linie siegreich geblieben waren. Vorsitzender der Kasse ist seither der Schriftföhrer Leichsenring, der von der sozialistischen Mehrheit der Vertreter-Versammlung in dieses Amt berufen wurde. Nunmehr liegt der erste Rechenschaftsbericht der neuen Verwaltung, das Geschäftsjahr 1898 umfassend, vor, und es ist für die organisierten Arbeiter allerorts von hohem Interesse, zu erfahren, in welcher Weise die bürgerliche Presse sich über die von unseren Parteigenossen in der Verwaltung des genannten großen Kasseninstituts entfaltete Thätigkeit ausspricht.

Die Straßburger Neuesten Nachrichten, ein der Sozialdemokratie durchaus feindlich gegenüberstehendes Blatt, faßt ihr Urteil hierüber dahin zusammen: „... Das Prinzip, der Öffentlichkeit bezw. den Arbeitgebern und Mitgliedern der Kasse Rechenschaft über seine Amtsthätigkeit abzulegen, ist erst mit dem jetzigen Vorstand in die Kasse eingebracht. Dabei zeigt eine Vergleichung der Rechenschaftsberichte von 1897 und 1898, daß der jetzige Vorstand selbst auch auf diesem Gebiete ein tüchtiges Stück vorwärts geschritten ist. Aus dem jüngsten Bericht weht dem Leser ein Hauch des fortschrittlichen Geistes entgegen, von dem sich der Vorstand in den zwei Jahren seiner Amtsthätigkeit stets hat leiten lassen. Zusammenstöße oder andere Unzuträglichkeiten, die hier und da vor zwei Jahren befürchtet wurden, sind nicht vorgekommen. Die Entwicklung der Kasse zeigt vielmehr, daß in der Arbeiterschaft ein reicher Fonds geistiger und moralischer Fähigkeiten enthalten ist. Mit ganz besonderer Wärme müssen wir des Vorsitzenden der Kasse, des Herrn Leichsenring, gedenken. Er hat nicht nur mit Scharfblick den Punkt erkannt, wo die Reformthätigkeit einzusetzen habe, sondern er hat auch alle die zweckmäßigen Reformen erdunnen und mit unermüdlichem Eifer an ihrer Durchführung gearbeitet. Von dem günstigen Stand der Kasse überzeugen uns nicht nur ihre hohen Leistungen, sondern vor allem auch ihre ausgezeichneten finanziellen Verhältnisse. Die Kasse hat im Jahre 1898 einen so hohen Ueberschuß erzielt, wie es noch in keinem der früheren Jahre der Fall war. Das Gesetz schreibt vor, daß dem Reservefonds 10 Prozent der Beiträge zuzuführen sind; in Wirklichkeit konnten ihm im Jahre 1898 sogar 21 Prozent = 61 280 Mark überwiesen werden. Die Thatsache, daß die Straßburger Ortskrankenkasse bei so niedrigen Beiträgen so hohe Leistungen gewährt, und daß die Finanzen vor 2 Jahren recht schlecht standen, ließ bei der Aufsichtsbehörde die Besorgnis aufkommen, es könne zu einer Katastrophe in der Kasse kommen. Sie legte dem neuen Vorstand deshalb eine Erhöhung der Beiträge resp. eine Herabsetzung der Leistungen nahe. Der Vorstand ersuchte um eine Frist. Dieselbe wurde gewährt. Es gelang ihm in den zwei Jahren das erwähnte brillante Ergebnis zu erzielen. Die Gefahr einer Beitragserhöhung ist damit beseitigt.“

Was sagen die Scharfmacher, die jede freie Regung der Arbeiterklasse niederhalten und an deren Stelle die Bevormundung durch Polizei und Unternehmertum setzen wollen, zu dieser Anerkennung der praktischen Thätigkeit der „Umstürzler“ aus gegnerischem Munde?!

## Aus der Parteibewegung.

Wegen Beleidigung des Staatsanwalts Delbrück in Halle wurde Genosse Sienty vom Volksblatt von der Strafkammer des hiesigen Landgerichts zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

**Polizeiliches, Gerichtliches usw.**

Am Sonntag vormittag wurden beim Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei und beim Bevollmächtigten der Einzelmitglieder des Verbandes der Steinarbeiter in Reg. Hausungen abgehalten. Bei ersterem wurden beschlaggenommen: eine Nummer unseres reichsständigen Parteiorgans, der Straßburger Freien Presse, ein sozialdemokratisches Niederbuch, eine alte Einladung zu einer Privatversammlung und ein Waifeier-Abgebeten. Bei letzterem beschlaggenommen man eine Nummer der Freien Presse, mehrere Gewerkschaftsblätter und einige unbedeutende Korrespondenzen. Ein niageres Ergebnis.

Zu 50 Mark Geldstrafe wurde der verantwortliche Redakteur der Münchener Post, Genosse Schmid, verurteilt, weil er einen Münchener Stadtvater beleidigt haben soll.

**Soziale Bewegung.**

Die Maurer und Maler in Braunschweig sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Die Lohnbewegung der Brauer in Hamm i. W. hat zu dem Erfolg geführt, daß 28 Mark Minimallohn und ein Tarifvertrag auf 2 Jahre glatt von den Unternehmern bewilligt worden ist. — Auch in Hannover sind die Verhandlungen der Kommission der Brauerei-Arbeiter mit der Kommission des Vereins der Brauereiarbeiter zu Gunsten der Arbeiter verlaufen. — In Frankfurt a. M. dauert der Brauerstreik fort. Der Boykott wird von den Arbeitern mit regem Eifer durchgeführt. Der Brauering lehnte die vom Vorkommenden angebotene Vermittlung barsch ab.

Die Stellmacher in Hannover befinden sich um die Eringung eines Minimallohnes von 18 Mark im Streik.

Die Mannheimer Tischler und Drechsler haben am Montag in allen Geschäften die Kündigung eingereicht, wo die Forderung: 9 1/2 stündige Arbeitszeit, 36 Pfennig Stundenlohn und 25 Prozent Zuschlag für Ueberstunden, nicht bewilligt wurde.

**Der Ausstand der Krefelder Weber.** Nachdem die Einigungsverhandlungen vollkommen gescheitert sind, hat der Vorsitzende der sozialen Kommission, der bisher die Unterhandlungen mit beiden Seiten leitete, in der Stadtverordneten-Sitzung sich äußerst mißbilligend über die Haltung der ausständigen Arbeiter ausgesprochen. Er machte sozialdemokratische Einflüsse für die Haltung der Arbeiter verantwortlich und bezeichnete die Tätigkeit einiger Personen als eine heftige. Wir glauben, daß nichts ungerechtfertigter ist, als dieser Vorwurf, denn bei den Lohnunterschieden haben sozialdemokratische Einflüsse keine Rolle gespielt. Wir können aber nicht umhin, das Verhalten des Herrn Dr. Bertram als einseitig zu bezeichnen. Nach seinen eigenen Angaben wirkte er dahin, daß die Firma Pelzer, die bereit war, einen für die Arbeiter annehmbaren Frieden zu schließen, sich wieder den Bedingungen des Fabrikantenbundes fügte. Die soziale Kommission hat mit ihrem Vorgehen leider das Mißtrauen der Arbeiter hervorgerufen und die Erregung gesteigert. Dieser Stimmung gab auch eine Versammlung Ausdruck, die am Sonntag, von 2000 Personen besucht, in Krefeld tagte. Wäre in Fabrikantenkreisen nicht ein übermächtiger Terrorismus vorhanden, der sich besonders gegen die Firma Pelzer wandte und diese unter Androhung von Zwangsmahregeln veranlaßte, von der Verabredung mit den Arbeitern zurückzutreten, dann wäre der Streik längst beendet. Denn nicht darum handelt es sich, ob die Fabrikanten die geringe Lohnforderung bezahlen können, sondern sie wollen die Arbeiter unter ihre Botmäßigkeit bekommen. Diese Absicht werden sie aufgeben müssen, sonst kann weder jetzt noch für die Dauer ein gebeitliches Arbeitsverhältnis entstehen.

Die Tapezierer streiken in Dresden, Nürnberg, Stuttgart, Bielefeld, Dorimund, Kiel, Halle und München.

Eine Versammlung der streikenden Zimmerleute in P. B. beschloß, nochmals mit den Meistern in Verbindung zu treten. 28 Meister haben die Forderungen der Gesellen bewilligt.

**Siebente ordentliche Generalversammlung der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands.**

München, den 10. April. Gestern vormittag 10 Uhr begann im Saale des Gabelsberger-Tellers die siebente Generalversammlung der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands. Betreten sind die Städte Dortmund, Berlin, Dresden, Altona, Stuttgart, Höchst a. M., Frankfurt a. M., Stettin, Rostock, Lübeck, Rannheim, Karlsruhe, München, Hamburg, Landshut, Offenbach, Mainz, Magdeburg, Chemnitz, Würzburg, Leipzig, Wilhelmshagen, Bergedorf, Güneburg, Wandsbeck und Bremen durch 25 Delegierte. Anwesend sind außerdem der Centralvorstand des Bundes der Berufsgenossen Gen. Röske-Hamburg. Der Saal ist hübsch decoriert. Zu beiden Seiten der Bühne sind die lebensgroßen Büsten von Marx und Lassalle, umgeben von Lorbeerkränzen und sonstigen Girlanden, angebracht.

Im Namen der Münchener Kollegen heißt Kollege Friedmann die Delegierten herzlich willkommen und spricht den Wunsch aus, daß die Beratungen zum Wohle der gesamten Mitglieder ausfallen mögen.

Hierauf wurde die Generalversammlung von dem Vorsitzenden des Centralverbandes Kollegen Allmann-Hamburg eröffnet. Auch er begrüßt die Delegierten und spricht die Hoffnung aus, daß die Beratungen bei den Beratungen das Wohl der Allgemeinheit und den Ausbau der Organisation im Auge behalten mögen und sich nicht von örtlichen Verhältnissen leiten lassen. Er bittet die Delegierten, bei ihren Ausführungen sich der größtmöglichen Sachlichkeit zu befleißigen, damit die Beratungen nur zum Nutzen der Organisation ausfallen.

Zu Vorsitzenden werden Allmann-Hamburg und Friedmann in München, zum Führer der Rednerliste Brieskorn-Berlin und zu Schriftführern Burzinski-Rostock, Stubbe-Hamburg, Juch-Mainz und Nordmann-Bremen gewählt. Die Mandatsprüfungskommission bestand aus den Kollegen Schil-Höchst, Heber-Leipzig und Leidig-Würzburg. Die Prüfung der Mandate führte zu keinerlei Beschlüssen.

Allmann teilte nun mit, daß als Vertreter der österreichischen Bäckervereinigung Kollege Silber aus Wien eingereicht ist. Auch ihn heißt er im Namen der deutschen Kollegen herzlich willkommen und hat ihn, mit seinen in der österreichischen Bäckervereinigung gesammelten Erfahrungen der Delegierten mit Rat und Tat beizuhelfen.

Hierauf wurde in die eigentliche Tagesordnung eingetreten. Den Vorsitz übernahm Kollege Allmann-Hamburg. Seit der letzten Generalversammlung sei in der Mitgliederzahl ein großer Aufschwung zu verzeichnen, auch die Stabilität sei besser geworden, wenn dies auch noch viel zu wünschen übrig lasse. Die Gesamteinnahmen der Verbandskasse beliefen sich im Jahre 1898 auf 80 286,80 Mark, gegen 14 555 11 Mark im Vorjahre. Erreutlich sei es, daß sich die Mehrzahl der Mitgliedschaften wie die Hauptkassiere recht schnell wieder erholt haben vom Streik in Hamburg-Altona, wo manche Mitgliedschaften alle ihre Barmittel zur Unterstützung der Streikenden geopfert haben. Das Schicksal der Organisation sei Berlin mit seinen zwei Organisationen; neben der Mitgliedschaft des Verbandes bestehe dort nämlich noch ein Lokal-Verband und sind nach der letzten Generalversammlung dort Verhältnisse eingetreten, wonach an ein gemeinsames Arbeiten nicht zu denken war. Es wurde seitens des Vorstandes eine gemeinsame Sitzung mit der Mitgliedschaft des Lokalverbandes abgehalten und wurde in derselben eine Besserung der Verhältnisse erzielt. Es wurde vereinbart, die Interessen der Gesellen gemeinsam zu vertreten und sich gegenseitig zu unterstützen. Ob aber dieses Verhältnis von langer Dauer sein wird, muß abgewartet werden. Der Vorstand sei von der letzten Generalversammlung beauftragt worden, mit den Konsumvereinen und den Genossenschaftsbäckereien in Verbindung zu treten, um einen gewissen Druck auf jene Bäckereimeister ausüben zu können, die ihre Waren an die Konsumvereine liefern und die betreffenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Bei dieser Gelegenheit habe sich erst gezeigt, von welcher großer Bedeutung die Konsumvereine für die Bäckereiarbeiter sind. Von den etwa 1400 Konsumvereinen in Deutschland sind nämlich über 400 vorhanden, bei denen Brot der Hauptartikel bildet. Zu bedenken sei, daß sich der größte Teil nicht veranlaßt gesehen habe, dem Vorstände sich nur zu antworten. Von besonderer Wichtigkeit sei auch der Uebertritt der Lokalorganisation in München zum Centralverband. Früher wollte es gar nicht gelingen, in Süddeutschland vorzudringen; von dem Augenblick an, wo die Lokalorganisation in München sich dem Centralverbande angeschlossen, war es auch möglich, ähnliche Kräfte heranzubilden, wodurch die Organisation auch in Süddeutschland festen Fuß fassen konnte; dieser sei es möglich gewesen, in einer Reihe von Städten Mitgliedschaften zu gründen und wo dies nicht möglich war, sind jetzt eine große Anzahl Einzelmitglieder vorhanden. Der Vorstand habe weiter den Verhandlungen der Kollegen in Dänemark beigewohnt. Neben ihm sei der vorzüglichen Einrichtungen der dortigen Organisation und schildert die Beobachtungen, die er auf dem Gebiete des Krankentassenwesens gemacht hat; er habe in den dortigen Krankentassenvereinen vergeblich nach der Krankheit gesucht, die in Deutschland unter den Kollegen einen so breiten Raum einnimmt, nämlich der Syphilis. Als er sich nach dem Grund dieser auffallenden Erscheinung erkundigte, sei ihm allgemein erwidert worden, daß mit dem Augenblicke, wo das Koffein- und Logiswesen beim Meister abgeschafft wurde, auch diese Krankheit verschwinden sei. In seinen weiteren Ausführungen rügt Redner, daß bei Aufnahme der vorjährigen Statistik die Fragebogen so mangelhaft eingelaufen sind und bedauert, daß gerade jene Mitgliedschaften, die sich bei der letzten Statistik nicht beteiligt haben, jetzt vom Vorstände die Aufnahme einer Statistik fordern. Die Gründung einer zweiten Mitgliedschaft in Hamburg (Weiß- und Grobbäcker), die bei den verschiedenen Kollegen so viel Staub aufgewirbelt habe, sei aus tatsächlichen Gründen notwendig gewesen und habe sich die Einrichtung vollumfänglich bewährt. Mit dem Erfolg der Lohnbewegungen der letzten Jahre könne man zufrieden sein. Redner fordert zum Schluß auf, auch in Zukunft alles zu versuchen, daß die Organisation rüstig nach vorwärts schreite.

Dem Berichte des Hauptvorstandes folgte eine lebhaft debattierte, an der sich die große Mehrzahl der Delegierten beteiligte. Der Vorsitzende Friedmann verliest ein Begrüßungstelegramm der Mitgliedschaft Wilhelmshagen, worauf um 2 Uhr in die Mittagspause eingetreten wurde.

Um halb 4 Uhr fand zu Ehren der Delegierten im Gabelsberger-Teller ein Festkommers statt, an dem sich die Münchener Kollegen ungemessen zahlreich beteiligten.

**Gemeinde-Zeitung.**

Wie man rechnen muß, um in Preußen steuerfrei zu sein.

Als neulich im preussischen Herrenhause Graf Mirbach in aller Bescheidenheit dem Finanzminister die Bitte vorgetragen hatte, die Vermögenssteuer als eine sehr unangenehme Steuer wieder aufzuheben, wurde in der Presse die Erinnerung an das Geständnis des Abg. Freiherrn v. Wangenheim, als ersten Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, aufgefrischt, daß er gar keine Einkommensteuer zahle. Man denke: Der Besitzer eines Gutes mit kontingentierter Brennerei und eines ansehnlichen Vermögens zahlt keinen Pfennig Einkommensteuer, das ist doch eine merkwürdige Sache. Herr v. Wangenheim wußte das Mißtrauen seiner Leute inbezug bald zu beschwichtigen. Sie verstanden nicht zu rechnen, erklärte er ihnen; wenn sie ordentlich Buch führten, würden sie auch sehen, daß sie kein Einkommen hätten und keine Steuern zu zahlen bräuchten. In derselben Lage, wie dieser Edelste der Nation, befinden sich nach der Behauptung der Deutschen Tageszeitung noch viele Grundbesitzer. Nach dem Agrarierorgan geht es natürlich nicht an, sie deshalb einfach Steuerhinterzieher zu nennen. Es kann recht wohl vorkommen, daß ein Gut mehrere Jahre hindurch keinen Reinertrag abwirft oder sogar ein Defizit aufweist. Hat man doch nach Einführung der neuen Steuern gesehen, daß Millionäre der Bank- und Börsewelt keine Einkommensteuer zahlten, weil sie eben in den letzten Jahren mit Verlust abgeschlossen hätten. Niemand hat sie darum Betrüger geschimpft. Was nun dem Börsenmann recht ist, sollte dem Grundbesitzer billig sein.

Indes, dem „gewöhnlichen Steuerzahler“, dem Arbeiter, kleinen Gewerbetreibenden, Beamten zc., der „nicht zu rechnen versteht“, will es doch nicht in den Kopf, daß reiche Leute, die sich im Leben nichts abgehen lassen, sondern große Ausgaben für ihren und ihrer Familie Unterhalt, Vergnügen, noble Passionen zc. machen, kein Einkommen haben sollten. Wovon leben sie denn? Doch nicht von den Zinsen ihrer Schulden!

Dem Reichshoten ist nun eine Zuschrift zugegangen, welche die Praxis, sich von der Steuer zu befreien, so darstellt: Es werde eben Buch geführt, aber es würden auch alle Kosten, die durch den Haushalt des Besitzers, durch Ausbildung der Kinder zc. verursacht würden, abgeschrieben, und dann bleibe allerdings sehr oft nichts übrig. Als er (der Verfasser der Zuschrift) im vorigen Jahre auf einem Unterverbandsstages ländlicher Genossenschaften einen Vortrag zu halten hatte, habe ihm ein Rittergutsbesitzer geklagt, daß ihm sein Gut ein Jahr vorher mit 10 000 Mark Unterbilanz abgeschlossen habe. Derselbe habe aber nicht gleich dabei gesagt, daß auch seine persönlichen Kosten und die seines Haushaltes, beide über die Maßzen hoch, mit in der Unterbilanz drinsteckten. Wenn es durch einen Buchhalter auf einem norddeutschen Gute mitgeteilt worden: „Wir legen der Steuerbehörde unser Buch vor, und was als Ueberfluß geblieben ist, das versteuern wir.“ Auf die

Frage, ob in den Ausgaben auch die des persönlichen Haushaltes unterschiedslos mit aufgeführt würden, habe er eine lakonische Bejahung erhalten.

Wenn reiche und wohlhabende Leute in Preußen unangefochten solch eine Praxis üben, weshalb sollte sie nicht zulässig sein für die Masse der „kleinen Leute“? Mögen Arbeiter mal die Probe auf das Exempel machen. Sie können ja nichts dabei verlieren. Jeder Arbeiter und sonstige „kleine Mann“ möge auch anfangen, zu rechnen und Buch zu führen über seine persönlichen und seine Haushaltskosten. Da wird nichts übrig bleiben zur Besteuerung und der Finanzminister v. Miquel steht vor einem leeren Steuerfädel. Unser Vorschlag ist ganz ernst gemeint. Oder hätten die „kleinen Leute“ ein Interesse daran, von ihrem Gläubigereinkommen Steuer zu entrichten, während die Reichen und Wohlhabenden sich in geschickter Weise ihrer Steuerpflicht entziehen? Ganz gewiß nicht!

**Gerichtliche Urteile.**

**Landgericht Magdeburg.**

Der Arbeiter Thilo Herold zu Schönebeck, geboren 1866, hatte am 27. Januar d. J. in der „Reichshalle“ aus Hilfsweise bei der Musikkapelle die Trommel geschlagen und deshalb die Erlaubnis erhalten, ohne Entgelt zu tanzen. Das wollte aber der Gastwirt Meier nicht gestatten, und verlangte von Herold Tanzgeld. Als er sich weigerte, wurde er wiederholt vergeblich aufgefordert, den Saal zu verlassen. Der Polizeiergeant Bromund brachte ihn schließlich gewaltsam hinaus, wobei Herold Widerstand leistete. Seine Ehefrau, Anna geb. Meier, geboren 1867, und der Arbeiter Carl Schall, geboren 1871, daselbst, hielten ihn fest und versuchten, ihn von dem Beamten loszureißen, wodurch sie sich ebenfalls des Widerstands schuldig machten. Der Gerichtshof billigte den Angeklagten mildernde Umstände zu und belegte Herold mit 35 Mark, seine Frau mit 10 Mark und Schall mit 20 Mark Geldstrafe.

Der vorbestrafte Arbeiter Friedrich Buggert hier, geboren 1856, beleidigte am 1. Februar d. J. in der Jakobstraße einen Schutzmann und leistete bei der Festnahme Widerstand. Der Gerichtshof erkannte auf einen Monat Gefängnis und Publikationsbefugnis.

Der Schmied Karl Kuschel aus Krossen, geboren 1868, arbeitete bei dem Fuhrherrn Drittel in Stakfurt. Am 25. Februar d. J. bereits längere Zeit nach seiner Entlassung, versuchte er die Frau des Arbeitgebers unter Drohungen zu nötigen, ihm noch eine Mark Arbeitslohn zu zahlen. Als sie dies ablehnte, beleidigte Kuschel sie durch Schimpfreden. Er erhielt wegen versuchter Erpressung und Verleumdung 2 Monate Gefängnis.

Zwischen Bürgermeister und Polizeinspektor in Sprottau herrscht seit langem nicht mehr das erwünschte Einvernehmen. Am 16. Dezember 1898 wollte der Bürgermeister Ziegler den Polizeinspektor Zinke in einer Disziplinarfrage vernehmen. Der Polizeinspektor weigerte sich, seinem Vorgesetzten Rede zu stehen, weil ihm dieser momentan zu aufgeregt erschien, und verließ dessen Dienstzimmer. Der Bürgermeister eilte ihm nach, hielt ihn mit beiden Händen an Schulter und Arm fest und wollte ihn zum Zurückkommen in sein Bureau zwingen. Durch eine energische Bewegung des Armes, der den Bürgermeister am Oberkörper traf, wehrte sich der Polizeinspektor und verließ das Rathaus. Gleich darauf erzählte er den Vorfällen zweien seiner Unterbeamten, den Polizeiergeanten Schulze und Richter, sowie dem Ratskellnerwirt Ziel. Er brachte dabei die Redewendung: „Wir haben uns gehauen; ich habe ihm natürlich eine abgegeben.“ Wegen dieser Äußerung hatte sich jetzt der Polizeinspektor wegen verleumderischer Beleidigung des Bürgermeisters Z. zu verantworten. Auf Grund der Beweisaufnahme nahm der Gerichtshof nach dem Niederschleisschen Anzeiger den von dem Angeklagten angetretenen Beweis der Wahrheit als erbracht an und kam auch zu der Ueberzeugung, daß die von dem Angeklagten über den Vorfall gemachten Äußerungen sich mit der Thatfache deckten, weshalb auf Freisprechung erkannt wurde.

Gegen den Hilfsgerichtsdienner Schmidt, der früher in Berlin Schutzmann war, wurde in nicht-öffentlicher Sitzung vor der Potsdamer Strafkammer verhandelt. Sch. war vordem in Spandau als Gefangenenaufseher angestellt; er kam, nachdem er sich Verfehlungen in Bezug auf den Verkehr mit weiblichen Inhaftierten hatte zu Schulden kommen lassen, nach Potsdam. Hier setzte er sein Treiben fort, das schließlich zur Anklage führte. Als Zeuginnen waren zumeist Halbwelttdamen geladen worden. Schmidt wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt und ihm für zwei Jahre die Befähigung, ein öffentliches Amt zu bekleiden, abgesprochen.

**Vom Klub der Harmlosen.**

Das Mitglied des Berliner Klubs der Harmlosen, der Lieutenant a. D. Graf Klaus von Egloffstein-Arkitten, stand vor der 7. Strafkammer des Berliner Landgerichts I. Die Anklage gegen ihn, den Makler Schachtel und den Stallmeister Dietel lautet auf Untreue, Unterschlagung und Betrug zum Nachteil verschiedener Mitglieder des Klubs der Harmlosen.

Der Hauptangeklagte Graf v. Egloffstein war neben dem ebenfalls wegen der Spieleraffaire in Untersuchungshaft befindlichen Lieutenant der Reserve Hans v. Kröcher und dem Regierungsreferendar und Lieutenant der Reserve v. Kayser, sowie zwei anderen bisher nicht bekannt gewordenen Persönlichkeiten Mitglied des Direktoriums vom Klub der Harmlosen. Graf v. Egloffstein behauptet erst durch seine Stellung im Klub bezw. dadurch, daß man ihn in schamlosester Weise „gerupft“ habe, auf die abschüssige Bahn gedrängt worden zu sein, die ihn, den Sprößling eines der „ältesten und angesehensten

Abelsgelechte", schließlich auf die Anklagebank geführt hat. Thatsache ist, daß der Angeklagte zugleich Hauptbelastungszeuge in dem großen Prozeß gegen den Klub ist, von dem bekannt ist, daß ihm nicht nur Offiziere der Garderegimenter, der Kavallerieregimenter in der Nähe Berlins, und Offiziere, die zur hannoverschen Reitschule kommandiert waren, sowie Referendare, Assessoren, Sportsleute, Käse, Reinstallbesitzer, Herrenhäuser und Abgeordnetenhaus, sondern sogar auch zwei Prinzen angehört haben, von denen der eine ganz plötzlich verstorben ist, während man den andern kürzlich seiner Stellung als Kommandeur eines Regiments enthielt.

Es handelte sich in dem Prozeß am Freitag zunächst um betrügerische Schiebungen, welche die drei Angeklagten mit mehreren Wechsellern vorgenommen hatten, die ein Herr v. Salisch ausgestellt, auf die dieser aber keinen Pfennig Geld bekommen hatte. Außerdem steht folgender Fall unter Anklage: Im Frühjahr 1898 gebrauchte v. Egloffstein Geld zur Bezahlung von Ehrenschulden. Er wandte sich deshalb an Dietel, der ihm schon wiederholt aus der Verlegenheit geholfen hatte. Dietel, der kurz vorher an den Schlächtermeister Fritz Vochstädt einen Wagen verkauft hatte, kam nun auf folgenden Einfall, um dem v. E. Geld zu besorgen. Er teilte Herrn Vochstädt mit, daß v. E. der aktive Offizier sei und nach Münster versetzt worden sei, vier Wagen billig verkaufen wolle. Dietel soll sich dann mit Vochstädt zu v. E. begeben und dieser soll versichert haben, daß er die vier Wagen bestimme, obgleich dies nicht der Fall war. Vochstädt soll sich haben überreden lassen, 1400 Mark als Anzahlung zu leisten, obgleich er die Wagen natürlich nicht sehen konnte; er ließ sich zur Sicherheit dagegen v. E.'s Accept geben, verpflichtete sich, dem Angeklagten Dietel 500 Mark Provision zu zahlen, wovon er 130 Mark sofort anzahlte. Er hat die von ihm gekauften Wagen nie erhalten. Schließlich hat er sich mit v. E. dahin geeinigt, daß dieser 900 Mark zurückzahlte. Dietel wurde von Vochstädt auf Rückzahlung der 130 Mark verklagt und nebst v. E., der sich dafür verbürgt hatte, verurteilt. Dietel hat die 130 Mark jedoch erst am 13. Januar d. J. in Verfolg seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter gezahlt. Egloffstein soll damals schon 75 000 Mark Schulden und eine Jahresrente von 3000 Mk. gehabt haben.

Nach beendeter Vernehmung der Angeklagten in der sie sich gegenseitig zu belasten versuchten, wird festgestellt, daß der als Zeuge vorgeladene Buchhalter Temme nicht auffindbar war und die gleichfalls als Zeugin geladene Frau Major v. Duijow durch Krankheit am Erscheinen verhindert ist. Die Beweisaufnahme bestätigt im allgemeinen die bei den einzelnen Anklagepunkten gegebene Darstellung. Rechtsanwält Dr. Marcuse stellt durch Befragen der Zeugen v. Salisch und Juhász fest, daß v. Salisch dem Zeugen Juhász nach ein zweites Accept über 10 000 Mk. gegeben, aber dafür ebenfalls kein Geld erhalten habe, sondern in die Notlage gekommen sei, den Wechsel einzulösen. Zeuge Juhász giebt hierzu die Erläuterung, daß er den Wechsel einem gewissen Kranz mit der Bedingung übergeben habe, den vollen baren Betrag dafür abzuliefern, Kranz habe jedoch den Wechsel verworfen und sei nach Amerika durchgegangen.

v. Kriegshelm, aus der Untersuchungshaft vorgeführt, sagt aus: Er habe im September vorigen Jahres für den Grafen Egloffstein das Schulden-Arrangement übernommen. v. Egloffstein sei über seine Schulden nicht orientiert gewesen, es liefen von ihm Blanko-Wechsel, die in den Händen von Dietel waren, es wurden für ihn Juwelen- und Pferdegeschäfte gemacht, von denen er nach einer Darstellung nur sehr minimale Beträge erhalten habe. Bei einigen Juwelengeschäften sei der Graf mit beteiligt gewesen und zwar zusammen mit Dietel und er (Zeuge) habe deshalb gegen beide eine Anzeige erstattet, die noch schwebt. Oft wurden für ihn solche Geschäfte auch ohne seine Mitwirkung gemacht und er wurde dabei in ganz horrender Weise übervorteilt. Als Beispiel erzählt er folgendes Geschäft, welches mit dem Pferdehändler Joachimsthal gemacht worden sei. Dietel habe Blanko-Accepte gehabt und diese mit 9000 Mark ausgefüllt. Er will von Joachimsthal Juwelen gekauft haben, die Juwelen sollen verpfändet und die Pfandscheine sollen lombardiert worden sein. v. Egloffstein habe aus diesem ganzen Geschäft nur 800 Mark erhalten.

Dies Geschäft sei ohne Mitwirkung von Egloffstein ausgeführt worden, Zeuge hat aber die Ueberzeugung, daß überhaupt das ganze Geschäft nur fingiert worden sei. Dietel habe ihm selbst erzählt, daß er bei dem Juwelengeschäft beteiligt gewesen sei, bezüglich der Mutter Dietel habe er nur Vermutungen. Jedemfalls habe ihm Egloffstein selbst gesagt, daß er von Dietel und dessen Mutter um Tausende betrogen worden sei. — Angekl. v. E.: Er habe früher allerdings den Verdacht gehabt, daß ihm Dietel übervorteile, er habe sich aber überzeugt, daß ihm Dietel gute Dienste geleistet habe. — Der Zeuge v. Kriegshelm wurde hierauf wieder abgeführt. — Schlächtermeister Vochstädt versichert, daß er ein ganz ernstliches Wagengeschäft habe abschließen wollen und bestritten, daß er solche Geschäfte zu machen pflege, um die Fingabe von Geld an Offiziere dadurch zu verdecken. Man habe ihn in dem Glauben belassen, daß v. Egloffstein aktiver Offizier sei, der demnächst nach Münster versetzt werde. Er habe auch Herrn v. E. einmal direkt gebeten, ihm doch endlich die Wagen zu zeigen, v. E. habe jedoch erklärt, sein Vater sei gerade in Berlin und dürfe von dem Geschäft nichts wissen. — Die Verteidiger suchen durch Befragen des Zeugen festzustellen, daß die Wagen tatsächlich vorhanden gewesen seien und eine Vermögensbeschädigung des Zeugen gar nicht vorliege. — Die Beweisaufnahme ist hiermit beendet.

Der Staatsanwalt beantragt gegen den Angeklagten Schachtel 2 Jahre 3 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, gegen Dietel 9 Monate Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust, gegen den Grafen von Egloffstein 2 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Das Urteil wird Freitag, 14. April, mittags 12 Uhr, verkündet.

### Gingefandt.

Magdeburg, 12. April.

Gelegentlich des fünfzehnjährigen Bestehens des allgemein bekannten Herren-Konfektions-Geschäftes der Firma Heinrich Casper hier selbst, das sich im Laufe der Jahre in für seinen Besitzer jedenfalls befriedigender Weise entwickelt hat, gestattet sich der General-Anzeiger die Bemerkung: „Seit vor 15 Jahren erschien in unserem General-Anzeiger die erste Geschäftsanzeige der genannten Firma, der im Laufe der Jahre dann sehr zahlreiche andere folgten, da die Geschäftsinhaber sehr bald erkannten, daß keine andere Zeitung seinen Unternehmern so gewirkt. Früher der Unparteiliche die Konkurrenz anderer Zeitungen, speziell des hiesigen Arbeiterblattes so sehr, daß er, um sich auch für die Zukunft der Zukunft zu versichern, solche Behauptungen aufstellte, die er am Ende selbst nicht glaubte. Es gab eine Zeit, da der General-Anzeiger sogar das Inseratenmonopol für Magdeburg besaß, doch die Zeiten sind für immer dahin. Nach und nach hat auch die hiesige Arbeiterzeitung, unsere Volkstimme, in den Kreisen der Arbeiterschaft feste Wurzeln gefaßt. Die stetig steigende Auflage, der sich vorzüglich vergrößerte Umfang und die Inseraten-Aufträge, die der Volkstimme in so reichem Maße überwiegen werden, geben den Beweis dafür, daß die Inserenten den Einfluß der Volkstimme wohl zu schätzen wissen und dies umso mehr, da die Klassen- und zielbewusste Abonnenten-schar der Volkstimme bei ihren Einnahmen zu allererst diejenigen Geschäfte berücksichtigt, welche ihre Zeitung zu den Anklagen benutzen. Und dies ist auch der weitere Grund, daß sich die Zahl der ständigen Inserenten der Volkstimme, zu der auch die Firma Heinrich Casper gehört, in so erfreulicher Weise gemehrt hat. Dies dem Unparteilichen zur Erinnerung auf seine amahende Bemerkung. Im übrigen empfehle ich den Lesern der Volkstimme, die schöne Blumen- und Dekorations-Abteilung des Casperischen Geschäfts, die sich die Firma zu ihrem „Jubiläum“ geleistet hat, zu besichtigen. Ein langjähriger Abonnent.

### Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Am Sonnabend, den 8. d. Mts., tagte in „Drei Kaiserbund“ eine öffentliche Tischler-Versammlung, die sich mit den Tischler-Strik in Burg beschäftigte. Kollege Drechsler aus Burg schilderte in kurzen Zügen die Lohnbewegung und wie die Gesellen alles versucht haben, eine Einigung herbeizuführen, was aber an dem Benehmen der Unternehmer scheiterte. Die Herren haben es noch nicht einmal der Mühe für wert gehalten, den Gesellen zu antworten. Trotzdem die Forderungen so gering sind — sie betragen kaum 5 Prozent —, wenden sich jetzt die Unternehmer durch das Burgenfer Tageblatt an das Bürgerthum, um sich dessen Gunst zu erwerben. Sie behaupten darin, daß die Gesellen in den letzten Jahren schon zweimal Forderungen gestellt haben, die sie stets bewilligt hätten. Diesmal aber könnten sie nicht bewilligen, da die Gesellen einen Ausschlag von 50 Prozent verlangen; in Wirklichkeit sind es aber kaum 5 Prozent. Es entspinnt sich hierauf eine lebhafte Diskussion, in der das Vortreten der Unternehmer gerügt wird. Es wird ferner nachgewiesen, daß bei vorhergegangenen Lohnbewegungen die Unternehmer Vorteil hatten; die Gesellen hätten auf ein Paar Schränke 3 Mark Ausschlag erhalten.

und einige Unternehmern hätten dann gleich 6 Mark ausgeschlagen, mit ihm ebenfalls 3 Mark verdient. Im weiteren wurde das Burgenfer dreier Gesellen von Magdeburg getadelt. Dann wird noch beschlossen, daß hier in Westfalen, wo bisher keine wirklichen Protest gemacht wurden, auch jetzt keine hergestellt werden sollen, um dadurch den Burgenfern den Kampf zu erleichtern. Im Punkt Verbleibens wird die Maßfänger angegriffen. Es wird empfohlen, bei den Arbeitgebern vorstellig zu werden und wo möglich zu fernern.

Die konstituierende Generalversammlung der Tischler-Zwang-Jungung fand am Montag, den 10. d. Mts., in der „Reichshalle“ statt. Stadtrat Wallner leitete die Verhandlungen. Die Vorschlagsliste der alten Jungung ging bei der Wahl glatt durch. Unter andern wurde der bisherige Obermeister der freien Jungung, Herr Fischer, zum Obermeister der Zwangs-Jungung gewählt. Bei der Wahl zum Ausschuss wurden verschiedene unbeschriebene Ketten abgegeben. Der Ausschuss der Gesellen soll in einer demnächst stattfindenden Versammlung gewählt werden.

Genthin. Am Sonntag, den 9. April, tagte hier unsere erste Volksversammlung. Die Versammlung war sehr gut besucht. Referent Bartels, Magdeburg referierte über die Befragung der wirtschaftlich-schwachen Bevölkerung durch indirekte Steuern. Zur Diskussion kam es nicht. Unter dem Punkt „Verbleibens“ wurde von den Kollegen Müller und Zander erklärt, daß eine Maßfänger sehr zweckmäßig wäre. Der Vorsitzende dankte für die außerordentliche Ruhe während der Versammlung und für den zahlreichen Besuch, hofft aber auch, mit der Versammlung einen Schritt weiter gekommen zu sein.

### Freitag, 14. April:

Männer-Turnverein „Freischütz“, Magdeburg. Am Dienstag und Freitag Turnstunde im „Drei Kaiserbund“.

N. Neufährter Arbeiter-Gesangverein. Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde im „Weißen Hirschen“. Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Letzte Werbung zur Omnibusfahrt nach Neuhaldensleben am Freitag, den 21. April, in der Übungsstunde.

Männer-Gesangverein „Vorwärts“, Alte Neufährer. Jeden Freitag Übungsstunde bei Kentsch, Moldenstraße.

Arbeiter-Turnverein „Viktoria“. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde in der Krone, Moldenstraße.

Turnverein „Jahn“, Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Herbster Mühle“, Schöningerstraße 28.

Turnverein „Vorwärts“, Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde in „Friedrichsplatz“.

Arbeiter-Turnverein „Vorkämpfer“. Dienstags und Freitags Übungsstunde bei H. Schinke.

Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“, Fernerleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Kausch.

Freie Turner-Vereine. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde im Lokal des Herrn Hoppe.

Freie Arbeiter-Vereine. Jeden Dienstag und Freitag von 8—10 Uhr Übung im „Hofflager“.

Freie Turnerschaft Burg. Jeden Dienstag und Freitag von 8—10 Uhr Turnstunde im „Hofflager“.

### Sonnabend, 15. April:

Burg. Verein Deutscher Schuhmacher, Hauptstelle Burg. Mittags-Versammlung abends 8 Uhr im „Hofflager“.

### Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe zum Kochen) 17,00—21,00. Speiseerbsen (weiße) 18,00—38,00. Linfen 25,00—40,00. Gharlostein 4,50—5,50. Weizen 3,50—4,00. Krummstroh 2,50—3,00. Heu 5,50—7,00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0,92—1,02, von der Keule 1,40—1,50. Wachsfleisch 1,20—1,30. Schweinefleisch 1,20—1,40. Kalbfleisch 1,10—1,30. Hammelfleisch 1,10 bis 1,30. Speck (geräuchert) 1,60. Eßbutter 2,00—2,40. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 2,60—3,40.

### Briefkasten.

W. F. in Magdeburg. Das Mädchen braucht natürlich keine Staatssteuer zu bezahlen. Sie hätte rechtzeitig reklamieren sollen. Jetzt ist es zu spät. Die Reklamation muß aber bei der nächsten Veranlagung innerhalb der vorgeschriebenen Frist erfolgen. — F. Magdeburg. Um die Frage beantworten zu können, müssen Sie mit den Versicherungsbedingungen und in der Redaktion aussuchen. Sprechstunden von 11 bis 1 Uhr mittags.

### Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

| Ort           | 10. April | 11. April | 12. April | 13. April | 14. April | 15. April |
|---------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Barndubitz    | + 0.19    | + 0.15    | + 0.02    |           |           |           |
| Brandeb.      | + 0.24    | + 0.23    | 0.01      |           |           |           |
| Melch.        | - 0.02    | 0.00      | - 0.02    |           |           |           |
| Belmeritz     | 0.00      | + 0.02    | - 0.02    |           |           |           |
| Wußig         | + 0.27    | + 0.45    | - 0.08    |           |           |           |
| Dresden       | - 1.01    | - 1.00    | - 0.01    |           |           |           |
| Torgau        | + 0.86    | + 0.96    | - 0.10    |           |           |           |
| Wittenberg    | + 1.38    | + 1.50    | - 0.15    |           |           |           |
| Rohlau        | + 0.78    | + 0.88    | - 0.10    |           |           |           |
| Harß          | + 1.08    | + 1.18    | - 0.10    |           |           |           |
| Schönebeck    | + 0.91    | + 0.99    | - 0.08    |           |           |           |
| Magdeburg     | + 1.15    | + 1.24    | - 0.09    |           |           |           |
| Zangennübe    | + 1.60    | + 1.64    | - 0.04    |           |           |           |
| Wittenberge   | + 1.35    | + 1.37    | - 0.02    |           |           |           |
| Dömitz, Pegel | + 0.83    | + 0.85    | - 0.02    |           |           |           |
| Lauenburg     | + 0.97    | + 0.99    | - 0.02    |           |           |           |

## Prima-Schreibhefte

empfehlen

Gustav Wille, Rotheckstraße Nr. 3.

Auf 4 Hefte liefern

25 Visitenkarten umsonst.

1155

## Neu eröffnet! Schuhwaren Neu eröffnet!

kauft man billig in großer Auswahl für Herren, Damen und Kinder bei

H. Schulze, Wilhelmstadt

Große Driesdorferstraße 30.

— Maßarbeit und Reparaturen werden gut und preiswert ausgeführt. —

### Standesamt.

Magdeburg, 12. April.

Aufgebote: Gärtnerbesitzer Paul Wolter hier mit Selma Hauser in Gbilly Handlungskassierer Paul Jaenicke hier mit Margarete Matthias hier. Eisenbahn-Insp. Metzger hier mit Marie Wolter hier mit Charlotte Ottilie Rosalie Tieg hier. Arbeiter August Heinrich hier. Verh. Mitter hier. Maurer v. Zimmermeister Theodor Jacobs mit Anna Roske hier. Arb. Joh. Christ. Regener hier mit Hermine Reinhold in Gr. Mott. Metzgerleben. Schuhmacher Heinrich Karl

August Budendahl mit Luise Martha Schmidt in Bremen. Schneider Friedrich Benedek hier mit Marie Hejeder in Neu-Stadt. Viehhändler Eduard Franz Fern. Dietrich in Wismar mit Minna Karoline Sophie Sauer in Kochstedt. Wicfeldwibel im Inf.-Regt. Nr. 66 Albert Karl Friedr. Wolter hier mit Charlotte Ottilie Rosalie Jordan in Parchen. Eheschließungen: Leutnant im Inf.-Regt. Nr. 4 Ernst Poppe mit Margarete Fuchs hier. Restaur. Richard Margarete mit Anna Lange hier. Hülfs-Keller K. Knoll in Amalie Müller hier.

Geburten: Ernst, Hermann u. Otto, Dillings-Söhne des Stellmachers Julius Wölk. Adolf, S. des Schuhmachers Fern. Math. Martha, S. des Tischlers Richard Behrens. Martha, S. des Klempners Richard Wagner. Martha, S. des Schneid. Hermann Patet. Fritz, S. des Arbeiters Franz Bindau. Johannes, S. des Klempn. Joh. Höhne. Ida, S. des Sattl. Friedr. Richter. Chiara, S. des Gypsfigurenhändlers Michele Dietrich. Ena, S. des Bierknecht Wilhelm Schmelzer. Friedrich, S. des Fleischermeisters Friedrich Vandenmann.

Todesfälle: Christiane geb. Piepracht, Witwe des Arb. Friedrich Vorkers, 77 J. 6 M. 13 T. Werner, S. des Kaufmanns August Wethe, 3 J. 4 T. Elisabeth, S. des Schneiders Wilhelm Vorkers, 1 J. 9 M. 3 T. Ida geb. Schäler, Witwe des Kaufmanns Wilhelm Junker, 86 J. 2 M. 27 T. August Werten, Bäckermeister, 48 J. 4 M. 11 T. Fritz, S. des Schneiders Ferd. Rämisch, 1 J. 10 M. 10 T. Ernst Reichert, Tischler, 32 J. 8 M. 6 T.

### Sudenburg, 12. April.

Aufgebote: Schlosser Karl Julius Wexer hier mit Luise Friederike Wöhe in Wiefewar. Medizinalrath Wilhelm And. Heinemann mit Frieda Anna Elise Reimschädel hier. Eheschließungen: Schneidermeister Rud. Lorenz mit Martha Schoof, Fabrikarbeiter Wilhelm Wiese mit Hermine Adner. Eisenbahnarb. Friedr. Wode mit Juliana Minuth.

Geburten: Margarete, S. des Grab. Wilhelm Jung. Franz, unehel.

Todesfälle: Margarete, S. des Arbeiters Gottl. Jahn, 2 J. 9 M. 29 T. Billy, S. des Ing. Joh. Schmidt, 9 M. 5 T. Friederike geb. Stodtmeister, Ehefr. des Viktualienhändlers Karl Haacke, 68 J. 6 M. 25 T. Hedwig, unehel., 3 M. 10 T.

### Wudau, 12. April.

Eheschließungen: Arbeiter Albert Johann Fritz mit Wilhelmine Feige hier. Geburt: Eva, S. des Formers Fern. Knip.

### Neustadt, 12. April.

Aufgebote: Schlosser Paul Friedrich Hermann mit Henriette Luise Kiediger. Eheschließungen: Drucker-Verb. Karl Duldhardt mit Marie Kanneberg. Arbeiter Julius Bernhard mit Emma Müller.

Geburt: Elisabeth, S. des Drofchenhändlers Richard Heinrichs.

Todesfälle: Elisabeth, S. des Güterbodenarbeiters Friedr. Modach, 1 M. 7 T. Anna, S. des Arbeiters Richard Ehrlich, 9 J. 4 M. 6 T. Verh. Martha, S. des verft. Schlossers Wilhelm Wöhe, 18 J. 11 M. 17 T. Martha, S. des Arbeiters August Friederich, 4 J. 8 M. 19 T. Weisgerber Ferdinand Schiller, 62 J. 30 T.

### Burg, 10. April.

Aufgebote: Tischler August Wilhelm Otto Frey mit Albertine Wilhelmine Emilie Willmod. Todesfälle: Ehefrau des Arbeiters Christian Lehmann, geb. Wustrau, 66 J. 4 M. 16 T. Ehefrau des Arbeiters Friedr.

Wark, Marie, geb. Mandel, 54 J. 5 M. 8 T.

### Vom 11. April.

Eheschließungen: Lehrer Paul Aug. Jogan mit Margarete Hedwig Liebke Müller hier.

Aufgebote: Maschinenflosser Karl Hermann Grashoff hier mit Emma Meier in Parchen.

Todesfälle: Schuhm. Karl Stiering, 48 J. 5 M. 13 T.

### Vom 12. April.

Eheschließungen: Comptoirist Gottl. Wilhelm Hermann Haedike in Wernburg a. S. mit Emilie Hinge hier. Geburten: S. des Sanitätsfergeant. Wilhelm Lange. Tochter des Arbeiters Heinrich Kuhlmei. Tochter des Hauptfeueramts-Kontrolleurs Paul Köpfig.

Todesfälle: Privatmann Karl Aug. Wächter, 74 J. 10 M. 3 T.

### Neuhaldensleben.

Aufgebote: Ackergh. A. H. Albrecht mit A. E. Langner hier. Maurer W. F. E. Lehmann hier mit M. E. Schmidt in Magdeburg-Sudenburg. Buchdrucker S. H. Widdemann in Halberstadt mit H. Krull hier.

Todesfälle: 8. April: Arbeiter F. Papke, 38 J. 3 M. 18 T. 9. April: Pater O. Wagner, 89 J. 11 M. 14 T.

### Möbel, Spiegel, Polsterwaren

reell und billig, empfiehlt C. Dittmar, Tischlermeister, Tischlerstraße 26.

## Geniletton.

(Autorisierter Uebersetzung.)

(Nachdruck verboten.)

### Großvater.

Roman von Jonas Lie.

„Herr Rollinspektor,“ antwortete Fagerholbt, „ich sehe schon, Sie wollen mir und meiner Art von Glauben an den Teufel, — aber daß unser Herrgott einen rebellischen, weimgläubigen Willen, der Sünde zu entgehen, so behandeln sollte, anstatt mit Wohlgefallen auf unseren Kampf gegen das Fleisch zu sehen, das — das . . . Nein es bleibt schon dabei, daß es die Kleinen und Demütigen sind, die das Reich erben werden.“

„Aber jene, die das Unglück haben, einen Verstand zu besitzen, meinen Sie, die die werden zur Hölle fahren!“  
„Man könnte glauben, Sie treiben Scherz und Spott mit diesen Dingen, wenn man es nicht besser wüßte, Herr Rollinspektor,“ rief Fagerholbt ärgerlich aus.

„Ja — ja, es mag so scheinen . . .“ sagte der Rollinspektor grübelnd und mit einem Ausdruck steigender Wehmut, der Fagerholbt betroffen und ungewiß machte.

„Es geht eben jeder von seinem Weg, Herr Rollinspektor,“ äußerte er still und nahm den Seitenpfad zu seinem Haus, das dort auf dem Hügelrücken lag.

Der Großvater ging weiter und schwang nachdenklich seinen Stoch.

„Du, der Mann da gab mir wahrhaftig eine Lektion . . . ja, eine Lektion . . . Diese Dinge soll man nicht gegenseitig betastet.“

Der Besuch bei Jungfer Langvig fiel befriedigend aus. Beim Heimweg fühlte man dünnen Schnee oder Eisgrauen in der grauen Luft. Die Dämmerung verbreitete sich, und da und dort zündete man in der Stadt unten Licht an.

Der Großvater war in gemütliche Laune geraten, er erzählte Terna von den Jahren, da er auf Kaufahrtschiffen fuhr, während sie weit draußen auf dem Meer die roten und grünen Blitze des Leuchtfeuers zucken sahen.

#### IV.

Es war ein kalter Wintertag mit Schneewetter in der Luft und das ganze Haus durch und durch kalt und noch unwirtlich.

Der Großvater genoss seinen Morgenkaffee unten im Speisezimmer an einem kleinen Tisch, den er zum Ofen hingeschoben hatte. Im ganzen Gemach lagen Stoffe und Nähmaschinen herum, und über den Tisch gebeugt, schnitt die Schneiderin mit einer großen Schere scharf durch die Seide, während die Nähmaschine einen halbfertigen Saum unter der Nadel liegen hatte. Die kurzen Stunden, da es Tag und hell war, mußten in dieser Zeit vor der Soirée im Verein, — dem Konzert mit darauffolgendem Ball, — zum Nähen und Garnieren der Toiletten verwendet werden.

Terna knöpfte gerade ihre Taille zu, nachdem sie probiert und probiert hatte, als es auf dem Gang läutete.

Konsul Wingaard öffnete die Speisezimmerthür und steckte den entblößten Kopf herein, der sich aus dem Pelztragen hob, zog sich aber gleich diskret mit einem lächelnden „Pardon, Pardon!“ — zurück.

Frau Stefanie lief hin . . .  
„Nein, Wingaard . . . daß Sie kommen und sehen, wie unordentlich es hier ist! — Man muß, schauen Sie, eine Tochter ausstatten.“

„Ich versichere,“ — rief Wingaard, — „ich gucke mit dem Gefühl herein, als sähe ich in das Arbeitskabinett eines Komponisten oder Dichters. Wenn man weiß, welche Festlichkeit da heraustritt, — aus all diesen Notizenkorrekturen und Strichen und Fehlstücken . . . er suchte mit den Fingern wie mit einer Scheere herum.

„Ja, lieber Himmel, — entschuldigen Sie,“ — wiederholte sie, — „aber ich kann Sie unmöglich bitten, hereinzukommen!“

„Nein, nein, — nur zwei Worte, Frau Stefanie . . . Wer soll Sie heute Abend zum Klavier führen?“

Frau Stefanie lugte ihn durch die dunkeln Augenwimpern an: „Wann kam Ihnen der Einfall? . . . Herausführe . . . dieser Stadt, wo sie einander alle kennen!“

„Vergleichen muß jedenfalls im voraus arrangiert sein — nicht dem Zufall überlassen werden oder — Herrn Fengers bekanntem Takt! Sein Waffe, der Bergwerkstribunal, soll diesen Winter auf jede Weise in Relief gesetzt werden, als glänzender Tenor, als musikalischer Beurteiler, und so weiter . . .“

„Ich gehe an's Klavier ohne jedwede Feierlichkeit, natürlich,“ — lachte sie.

„Aber jemand muß Ihnen doch die Noten umwenden,“ eiferte er.

„Ja, um das bitte ich selbstverständlich meinen Freund, Konsul Wingaard, als Mitwirkenden und Arrangeur und Dirigenten und Seele des Ganzen,“ — erklärte Frau Stefanie mit ihrer sanftesten, einschmeichelndsten Stimme.

Die Nähmaschine überlieferte den Rest, bis sie in Unordnung geriet und zu stocken begann . . .

„Will niemand in meinem Gehäge,“ . . . hörte man den Konsul gereizt zwischen den letzten zögernden Hacktönen der Nadel.

„Was meinen Sie damit, Wingaard?“

Das leichtfröhliche, kurze Zucken um die Mundwinkel, dem Frau Stefanie zum Konsul aufsah, entging dem Großvater nicht . . . und dann diese kuchenpotenartigen Bewegungen der Hände nach dem Pelztragen hin . . .

### Die Maschine bröckelte aufs neue.

„Ihnen nahe sein . . . mit Ihnen fühlen in Ihrer Spannung“ . . . durchschnitt es wieder schwach den Darm, als die Maschine gerade eine Naht zu Ende lief.

Terna hatte es auf einmal sehr eilig, die Festsäden aus dem Seidenleib zu ziehen, der für sie ungenährt worden, und ein Stuhl scharrte heftig, weil der Großvater plötzlich aufbrach. Er stand auf und räusperte sich.

„Darf ich bitten, gütigst entweder drin oder draußen zu konfektieren,“ — fuhr er los. „Ich habe leider nicht die Feurigkeit im Blut, die einen alle Rücksicht beiseite setzen läßt — auf die Zugluft.“ (Fortsetzung folgt.)

### Theater, Kunst und Wissenschaft.

Der Meerestüfel. In der naturwissenschaftlichen Sammlung, die der Forschungsreisende Dignet aus Kalifornien mitgebracht und im Pariser Museum ausgestellt hat, befindet sich ein höchst merkwürdiger Fisch von ungeheuren Maßen. Es ist eine Riesenart aus der Familie der Rochen und gehört im Besonderen zu der Gruppe der Flügelrochen; die Art wird von Dignet als Manta birostris bezeichnet. Den Namen Flügelrochen haben diese Fische von der eigentümlichen Anordnung und Ausbildung ihrer Flossen erhalten. Die Brustflossen sind nämlich in zwei Teile getrennt, von denen die vorderen zu beiden Seiten des Kopfes sitzen und durch ihre ungeheurer Verbreiterung den Eindruck von Flügeln machen; von den Seeleuten sind sie mit Hörnern verwechselt worden, und daher rührt die den Fischen oft beigelegte Bezeichnung „Meerestüfel“. Der in Paris ausgestellte Fisch hat eine Flossenbreite von etwa vier Metern und eine Gestalt, die an einen Flugdrachen erinnert. Der Rücken ist bläulichschwarz, der Bauch mattweiß gefärbt. Wenn die beiden riesigen Kopf-Flügel ganz ausgebreitet sind, macht der Fisch in der That einen erschreckenden Eindruck. Er tritt in den Golf von Kalifornien besonders im Frühjahr vom März bis zum Juli auf. Wenn das Meer, wie es in dieser Zeit gewöhnlich ist, eine ruhige Fläche bildet, sieht man den kolossalen Fisch auf der Wasseroberfläche dahin schwimmen, er beschreibt kreisförmige Bewegungen und schnell seinen gigantischen Leib zuweilen plötzlich aus dem Wasser, um mit einem eigentümlichen Geräusch ebenso schnell in das flüssige Element wieder zu verschwinden. Man erlegt ihn von Dampfschiffen oder von Klüberbooten aus mit Lanzen und Harpunen wie den Walfisch. Ist das Tier verwundet, so kann es den Fischern im höchsten Grade gefährlich werden. Es stürzt dann wie rasend auf das Boot, schlägt es mit seinen mächtigen Flügeln und bringt es zum Kentern, wenn die Fischer nicht sehr auf ihrer Hut sind. Der englische Reisende Elliot hat einmal einer Jagd auf diese Seeleuten im Meerbusen von Mexiko, wo sie stets zu finden sind, beigewohnt. Er bezeichnet sie als außerordentlich rasche Schwimmläufer, die sich in merkwürdigen sprunghaften Bewegungen durch das Wasser wälzen. Die Flügelrochen sterben fast sofort, wenn sie aus dem Wasser gezogen werden, oder auch, wenn sie nur in einem beschränkten Seewasserbecken in Gefangenschaft gehalten werden sollen.

Mit der „Moravia“ sind bei Sable Island auch die ethnographischen Sammlungen und mehr als 1500 photographische Aufnahmen von Oswald Kunhardt, des älteren der beiden weltreisenden Brüder, verloren gegangen.

### Bermischte Nachrichten.

Der bekannte Dr. Schnug, früherer Leiter des städtischen Untersuchungsamtes in Hannover, ist in der Sonnabend-Nacht auf der Schillerstraße von drei jungen Burschen, in deren Begleitung sich zwei Mädchen befanden, überfallen und derart mit Schlagtrügen oder sonstigen Instrumenten traktiert, daß er bewußtlos liegen blieb und nach dem Krankenhaus geschafft werden mußte. Ein Schlag über das linke Auge soll dieses derart verletzt haben, daß es wahrscheinlich verloren gehen wird. Wie verlautet, hat Dr. Schnug einem Bekannten, der zuerst mit den Burschen Streit bekommen hatte, zu Hilfe eilen wollen. Während nun der Freund Zeit gewann, auszurücken, hat Dr. Schnug die Hiebe bekommen. Die unerkannt entkommenen Rowdies werden als Zufahrter bezeichnet.

Um den Verstand gebracht. Eine Wiener Lokalkorrespondenz erzählt eine romantische Geschichte von einer schönen Ungarin namens Elisabeth Virag, die in Sofia als Chansonettenfängerin „mit einem der reichsten Männer Bulgariens“, der zugleich „zu den bekanntesten Mitgliedern des gegenwärtigen Kabinetts gehört“, ein intimes Verhältnis anknüpfte, von diesem aber aus Eifersucht wie im Kerker gehalten worden sei. Trotzdem sei es dem jungen Sekretär des Ministers gelungen, sich dem Mädchen zu nähern. Eines Tages kam jedoch der Minister dahinter und an demselben Tage war das Mädchen verschwunden. Wochenlang bemühte sich vergebens der Sekretär, dessen Anwesenheit zu erzwingen. Um endlich gegen seinen Herrn aufzutreten zu können, kündigte er seine Stelle und richtete sodann an den Minister die Frage, wohin er das Mädchen gehen habe. Dieser verweigerte jede Antwort, und als der junge Mann erklärte, er werde nunmehr die Anzeige erstatten, erwiderte der hohe Herr, daß er das Mädchen nach Wien geschickt hätte. Der junge Mann hat, als ob er dies glaube, setzte jedoch seine Nachforschungen fort. Allabendlich umkreiste er das Palais des Ministers, bis er eines Nachts ein Stöhnen hörte. Er trat näher und fand zu seinem Erstaunen die schöne Elisabeth in einem entsetzlichen

Zustande auf der Straße. Nachdem er sie in seine Wohnung in Sicherheit gebracht hatte, erzählte die Unglückliche, daß der hohe Herr sie an jenem Tage in den Keller des Hauses gesperrt hätte. Viele Wochen habe sie hier bei Wasser und Brod gelebt, der feuchte, lichtlose Keller untergrub ihre Gesundheit — vergebens flehte sie um Gnade, sie litt an Kopfschmerzen, lag oft stundenlang bewußtlos, zuletzt sogar durch 24 Stunden, bis der Minister sie endlich auf die Straße setzen ließ. Der junge Mann, der die schöne Ungarin ernstlich liebte, brachte sie zu ihrer Rettung nach Wien. Alle Pflege und Sorgfalt nützte jedoch nichts. Die Kopfschmerzen verschlimmerten sich zum Wahnsinn. Die Unglückliche ruft fortwährend: „Ich bin die Tochter des Ministers . . .!“ Und als die Virag schließlich Todesangriffe bekam, brachte der gewesene bulgarische Ministerialsekretär dieselbe vor einigen Tagen in die Obblinger Irrenanstalt. —

Annie und Frixi. Aus Wien berichtet die Arbeiterzeitung vom 8. d. M.: Im Gerichtssaal, wo sich selten ein erfreuliches Bild bietet, gab es gestern eine wohlthuende Abwechslung: eine Scene aus dem Kinderleben. Sie spielte sich vor dem Bezirksgericht Leopoldstadt ab, und zwar gelegentlich einer Verhandlung, die gegen das Klübermädchen Marie Schimel stattfand. Die Schimel ist bei dem Reisenden Louis Schaffer bedientet, dessen vierjähriges Töchterchen Annie mit der sechsjährigen Frixi bei im selben Hause wohnhaften Privatiers Edmund Heidler innig befreundet ist. Kürzlich war nun Frixi bei Annie auf Besuch, und das Dienstmädchen Marie Schimel war mit der Aufsicht über die spielenden Kinder betraut. Das Mädchen entfernte sich für einen Augenblick aus dem Zimmer und ließ eine Schale Thee, der ziemlich heiß war, zurück. Beide Kinder wollten sich nun in den Besitz des Thees setzen, und Frixi entriß ihrer Freundin die Schale, wobei sie sich die Flüssigkeit auf die Hand goß und eine leichte Brandwunde erlitt. Das Klübermädchen hatte sich gestern vor dem Strafrichter der Leopoldstadt wegen Vergehens gegen die körperliche Sicherheit zu verantworten. Sie stellte jedes Verschulden in Abrede und bemerkte, daß sie nicht voraussehen konnte, die Kinder werden die Schale an sich nehmen. Die beiden Mädchen, die als Zeuginnen vorgeladen waren, tummelten sich unterdessen auf dem Gang vor dem Gerichtssaal herum. Der Richter vernahm zuerst die ältere Frixi als Zeugin. Sie betrat an der Seite ihres Vaters den Saal, machte aber gleich ein sehr bedenkliches Gesicht, und der Richter befürchtete, daß die „Zeugin“ zu weinen beginnen werde.

Richter: Also Du bist die Frixi?

Frixi (schlichtern): Ja.

Richter: Ei, Du hast aber einen schönen Hut! Wer hat Dir denn den gekauft?

Frixi (freudig): Die Mama.

Richter: So, und damit gehst Du in die Schule? In welche Klasse denn?

Frixi: In die erste.

Richter: Du lernst da auch, daß man immer die Wahrheit sagen muß?

Frixi (weinerlich): Ja.

Richter: Also sag' schön, hast Du der Annie die Schale weggerissen?

Frixi (heftig weinend): Nein, die Annie hat's gethan.

Richter: So wein' doch nicht.

Die Kleine meint fort und giebt gar keine Antwort mehr. Nun erscheint die vierjährige Annie, vom Vater geleitet, lachend im Saal.

Richter (zu Frixi): Schau, Frixi, wie sich die Annie freut. Sie lacht Dich aus.

Frixi trocken jetzt die Thränen und macht ein freundliches Gesicht.

Richter: Also sag' uns Annie, bist Du schuld, daß Deine Freundin verbrannt wurde?

Annie: Nein, sie hat mir die Schale weggerissen.

Staatsanwaltschaftlicher Funktionär: Bist nicht Du die Schlimmere gewesen?

Nun bricht Annie in ein heftiges Schluchzen aus und versichert, sie sei brav gewesen. Frixi kann den Schmerz ihrer Freundin nicht ansehen und bricht gleichfalls in Thränen aus. Die Väter beruhigen ihre Kinder, und während diese noch heftig weinen, verkündet der Richter die Freisprechung des schuldlosen Dienstmädchens. —

### Seiteres.

Ein häßlicher Augenblick. Ein Ublitzer spazierte am Hamburger Hafen entlang und fragte bei dieser Gelegenheit einen Schaueremann: „Sieber Freund, wie heißt das große Schiff da?“ Der Schaueremann, der sich andere Augen als feigen nicht vorstellen konnte, antwortete: „Sparr doch die Dogen open un kiff selbst too!“ Gleich darauf trat ein anderer Herr an den Schaueremann heran und fragte: „Wissen Sie auch, mit wem Sie soeben gesprochen haben?“ „Nein,“ versetzte jener. „Das war der Herr von M.“ „Sooo?“ meinte der Biedere. „Junge, Junge, denn is ja man good, dat ich ni gross (groß) wor'u bin!“ —

Ein seliges Ende. Als Siegfried Mater gestorben war, that ihm die alte, treue Dienerin den letzten Liebesdienst. „Ruhe sanft“, sagte sie und nahm mit ihrer linken Hand die Bartbinde von den verklärten Jügen. — (Simplicianus.)